

12. 02. 21

In

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 31. Mai 2001 gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll)

A. Problem und Ziel

Das Protokoll vom 31. Mai 2001 gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll) wurde von der Bundesrepublik Deutschland am 3. September 2002 unterzeichnet und soll nun ratifiziert werden.

Das VN-Feuerwaffenprotokoll ergänzt das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und ist zusammen mit diesem auszulegen. Als Maßnahme zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität verpflichtet es die Vertragsstaaten zur Kontrolle des innerstaatlichen Waffenerwerbs, Waffenbesitzes sowie des Waffentransfers zwischen Staaten. Es sieht ein umfassendes Kontrollsystem zur systematischen Verfolgung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition vor. Indem das VN-Feuerwaffenprotokoll die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, den unerlaubten Handel damit und die Veränderung von Kennzeichnungen der Feuerwaffen unter Strafe stellt, wird eine effektive Ausübung der Kontrolle der legalen Verbreitung von Feuerwaffen erleichtert. Zur Straftatverfolgung führt das VN-Feuerwaffenprotokoll

Fristablauf: 26. 03. 21

Regelungen zur Speicherung des Verbleibs der Feuerwaffen sowie den zwischenstaatlichen Austausch dieser Informationen ein.

Eine Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Protokoll musste zunächst zurückgestellt werden, da sich die Europäische Union vorbehalten hatte, das VN-Feuerwaffenprotokoll für die Europäische Gemeinschaft umzusetzen. Im Ergebnis wurde das VN-Feuerwaffenprotokoll von der EU-Kommission im Jahr 2014 ratifiziert (Beschluss 2014/164/EU des Rates vom 11. Februar 2014 über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Protokolls gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, dazugehörigen Teilen und Komponenten und Munition und gegen den unerlaubten Handel damit in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (ABl. L 89 vom 23.3.2014, S. 7). Allerdings wurde hierdurch das VN-Feuerwaffenprotokoll lediglich für den europäischen Binnenmarkt implementiert. Die Umsetzung in Bezug auf Drittstaaten wurde somit den Mitgliedstaaten überantwortet. Mit den Änderungen des Waffengesetzes (WaffG) zum 26. April 2003, zum 1. April 2008, zum 17. Juli 2009, zum 30. Juni 2017 und zum 17. Februar 2020 hat die Bundesrepublik Deutschland die innerstaatliche Rechtslage gemäß den Vorgaben des EU-Rechts, zuletzt basierend auf der Richtlinie (EU) 2017/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 (EU-Feuerwaffenrichtlinie) zur Änderung der Richtlinie 91/477/EWG des Rates über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen und des VN-Feuerwaffenprotokolls gestaltet. Bei verschiedenen Feuerwaffen im Sinne des VN-Feuerwaffenprotokolls handelt es sich um Kriegswaffen im Sinne der Nummern 29 und 30 der Kriegswaffenliste (KWL). Diese Waffen unterliegen nicht dem WaffG, sondern dem Kontrollregime des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen für die Ratifizierung des VN-Feuerwaffenprotokolls geschaffen werden.

Die Rechtslage in Deutschland genügt den Vorgaben des Protokolls bereits jetzt, so dass, abgesehen von dem Vertragsgesetz, kein zusätzlicher Rechtssetzungsbedarf besteht.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Für den Bund und für die Länder inklusive Kommunen fallen keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand an.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand. Das Vorhaben führt nicht zu finanziellen Belastungen für künftige Generationen. Auswirkungen in Bezug auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sind nicht zu erwarten.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung auf Landesebene und auf Bundesebene fällt durch dieses Gesetz kein Erfüllungsaufwand an.

F. Weitere Kosten

Weitere Kosten fallen nicht an. Auswirkungen auf Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

12. 02. 21

In

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 31. Mai 2001
gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen,
deren Teilen und Komponenten und Munition
sowie gegen den unerlaubten Handel damit
in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen
gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität
(VN-Feuerwaffenprotokoll)

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 12. Februar 2021

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 31. Mai 2001 gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll)

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Dr. Angela Merkel

Geszentwurf der Bundesregierung

Entwurf

**Gesetz
zu dem Protokoll vom 31. Mai 2001
gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen,
deren Teilen und Komponenten und Munition
sowie gegen den unerlaubten Handel damit
in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen
gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität
(VN-Feuerwaffenprotokoll)**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem in New York am 3. September 2002 unterzeichneten Protokoll vom 31. Mai 2001 gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, weil es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung – hier des Waffenrechts, Artikel 73 Absatz 1 Nummer 12 des Grundgesetzes und des Rechts der Wirtschaft, Artikel 74 Absatz 1 Nummer 11 des Grundgesetzes – bezieht. Für diesen völkerrechtlichen Vertrag wird der amtliche Kurztitel „VN-Feuerwaffenprotokoll“ eingeführt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Das Protokoll tritt nach seinem Artikel 18 Absatz 2 am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde für den ratifizierenden Staat in Kraft. Nach Absatz 2 ist dieser Zeitpunkt im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Für Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand. Es werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft oder für die Bürgerinnen und Bürger eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft. Auswirkungen auf Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Für die Verwaltung auf Landesebene und auf Bundesebene fällt durch dieses Gesetz kein Erfüllungsaufwand an. Die Vorgaben des VN-Feuerwaffenprotokolls sind in der Bundesrepublik Deutschland bereits Bestandteil des innerstaatlichen Rechts. Insofern ist etwa auch ein signifikanter Anstieg von Rechtshilfeersuchen nicht zu erwarten.

Informationspflichten für Behörden des Bundes und der Länder werden durch das VN-Feuerwaffenprotokoll nicht geschaffen.

Das Gesetz steht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die der Umsetzung der UN-Agenda 2030 dient. Das Gesetz trägt zur Verwirklichung des Nachhaltigkeitsziels 16 der UN-Agenda 2030 bei, indem er dessen Unterziel 16.1 – alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern – fördert.

Weitere Gesetzesfolgen, insbesondere verbraucherpolitische, gleichstellungspolitische oder demografische Auswirkungen, sind nicht zu erwarten.

Weder eine Befristung noch eine Evaluierung sind angezeigt.

Protokoll
 gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten
 und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit
 in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die
 grenzüberschreitende organisierte Kriminalität

Protocol
 against the Illicit Manufacturing of
 and Trafficking in Firearms, their Parts and Components
 and Ammunition, supplementing the United Nations Convention
 against Transnational Organized Crime

Protocole
 contre la fabrication
 et le trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments
 et munitions, additionnel à la Convention des Nations Unies contre
 la criminalité transnationale organisée

(Übersetzung)

Preamble

The States Parties to this Protocol,

Aware of the urgent need to prevent, combat and eradicate the illicit manufacturing of and trafficking in firearms, their parts and components and ammunition, owing to the harmful effects of those activities on the security of each State, region and the world as a whole, endangering the well-being of peoples, their social and economic development and their right to live in peace,

Convinced, therefore, of the necessity for all States to take all appropriate measures to this end, including international cooperation and other measures at the regional and global levels,

Recalling General Assembly resolution 53/111 of 9 December 1998, in which the Assembly decided to establish an open-ended intergovernmental ad hoc committee for the purpose of elaborating a comprehensive international convention against transnational organized crime and of discussing the elaboration of, inter alia, an international instrument combating the illicit manufacturing of and trafficking in firearms, their parts and components and ammunition,

Bearing in mind the principle of equal rights and self-determination of peoples, as enshrined in the Charter of the United Nations and the Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation among States in

Préambule

Les États Parties au présent Protocole,

Conscients qu'il est urgent de prévenir, de combattre et d'éradiquer la fabrication et le trafic illicites des armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions, étant donné que ces activités sont préjudiciables à la sécurité de chaque État, de chaque région et du monde dans son ensemble, qu'elles constituent une menace pour le bien-être des peuples, pour leur promotion sociale et économique et pour leur droit à vivre en paix,

Convaincus, par conséquent, qu'il est nécessaire que tous les États prennent toutes les mesures appropriées à cette fin, y compris des activités de coopération internationale et d'autres mesures aux niveaux régional et mondial,

Rappelant la résolution 53/111 de l'Assemblée générale du 9 décembre 1998, dans laquelle l'Assemblée a décidé de créer un comité intergouvernemental spécial à composition non limitée chargé d'élaborer une convention internationale générale contre la criminalité transnationale organisée et d'examiner s'il y avait lieu d'élaborer, notamment, un instrument international visant à lutter contre la fabrication et le trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions,

Ayant à l'esprit le principe de l'égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, tel que consacré dans la Charte des Nations Unies et dans la Déclaration relative aux principes du droit international touchant les relations amicales et

Präambel

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

im Bewusstsein der dringenden Notwendigkeit, die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie den unerlaubten Handel damit zu verhüten, zu bekämpfen und zu unterbinden, da sich diese Tätigkeiten nachteilig auf die Sicherheit jedes Staates, jeder Region und der Welt insgesamt auswirken, wodurch das Wohl der Völker, ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie ihr Recht auf ein Leben in Frieden gefährdet werden,

daher überzeugt von der Notwendigkeit, dass alle Staaten alle geeigneten Maßnahmen zu diesem Zweck treffen, einschließlich internationaler Zusammenarbeit und anderer Maßnahmen auf regionaler und weltweiter Ebene,

im Hinblick auf die Resolution 53/111 der Generalversammlung vom 9. Dezember 1998, in der die Versammlung beschloss, einen allen Mitgliedstaaten offen stehenden zwischenstaatlichen Ad-hoc-Ausschuss einzusetzen mit dem Auftrag, ein umfassendes internationales Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität auszuarbeiten und unter anderem die Ausarbeitung einer internationalen Übereinkunft zur Bekämpfung der unerlaubten Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie des unerlaubten Handels damit zu erörtern,

eingedenk des Grundsatzes der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker, der in der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit

accordance with the Charter of the United Nations,

Convinced that supplementing the United Nations Convention against Transnational Organized Crime with an international instrument against the illicit manufacturing of and trafficking in firearms, their parts and components and ammunition will be useful in preventing and combating those crimes,

Have agreed as follows:

I. General provisions

Article 1 **Relation** **with the United Nations** **Convention against Transnational** **Organized Crime**

1. This Protocol supplements the United Nations Convention against Transnational Organized Crime. It shall be interpreted together with the Convention.

2. The provisions of the Convention shall apply, *mutatis mutandis*, to this Protocol unless otherwise provided herein.

3. The offences established in accordance with article 5 of this Protocol shall be regarded as offences established in accordance with the Convention.

Article 2 **Statement of purpose**

The purpose of this Protocol is to promote, facilitate and strengthen cooperation among States Parties in order to prevent, combat and eradicate the illicit manufacturing of and trafficking in firearms, their parts and components and ammunition.

Article 3 **Use of terms**

For the purposes of this Protocol:

- (a) "Firearm" shall mean any portable barrelled weapon that expels, is designed to expel or may be readily converted to expel a shot, bullet or projectile by the action of an explosive, excluding antique firearms or their replicas. Antique firearms and their replicas shall be defined in accordance with domestic law. In no case, however, shall antique firearms include firearms manufactured after 1899;
- (b) "Parts and components" shall mean any element or replacement element specif-

la coopération entre les États conformément à la Charte des Nations Unies,

Convaincus que le fait d'adjoindre à la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée un instrument international contre la fabrication et le trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions aidera à prévenir et à combattre ce type de criminalité,

Sont convenus de ce qui suit :

I. Dispositions générales

Article premier **Relation** **avec la Convention** **des Nations Unies** **contre la criminalité** **transnationale organisée**

1. Le présent Protocole complète la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée. Il est interprété conjointement avec la Convention.

2. Les dispositions de la Convention s'appliquent *mutatis mutandis* au présent Protocole, sauf disposition contraire dudit Protocole.

3. Les infractions établies conformément à l'article 5 du présent Protocole sont considérées comme des infractions établies conformément à la Convention.

Article 2 **Objet**

Le présent Protocole a pour objet de promouvoir, de faciliter et de renforcer la coopération entre les États Parties en vue de prévenir, de combattre et d'éradiquer la fabrication et le trafic illicites des armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions.

Article 3 **Terminologie**

Aux fins du présent Protocole :

- a) L'expression « arme à feu » désigne toute arme à canon portative qui propulse des plombs, une balle ou un projectile par l'action d'un explosif, ou qui est conçue pour ce faire ou peut être aisément transformée à cette fin, à l'exclusion des armes à feu anciennes ou de leurs répliques. Les armes à feu anciennes et leurs répliques sont définies conformément au droit interne. Cependant, les armes à feu anciennes n'incluent en aucun cas les armes à feu fabriquées après 1899 ;
- b) L'expression « pièces et éléments » désigne tout élément ou élément de rem-

zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen verankert ist,

überzeugt, dass die Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität durch eine internationale Übereinkunft gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit für die Verhütung und Bekämpfung dieser Art der Kriminalität von Nutzen sein wird –

sind wie folgt übereingekommen:

I. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 **Verhältnis** **zum Übereinkommen** **der Vereinten Nationen** **gegen die grenzüberschreitende** **organisierte Kriminalität**

(1) Dieses Protokoll ergänzt das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Es ist zusammen mit dem Übereinkommen auszulegen.

(2) Das Übereinkommen findet sinngemäß auf dieses Protokoll Anwendung, sofern im Protokoll nichts anderes vorgeesehen ist.

(3) Die in Übereinstimmung mit Artikel 5 dieses Protokolls umschriebenen Straftaten werden als in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen umschriebene Straftaten angesehen.

Artikel 2 **Zweck**

Zweck dieses Protokolls ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten zu fördern, zu erleichtern und zu verstärken, um die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie den unerlaubten Handel damit zu verhüten, zu bekämpfen und zu unterbinden.

Artikel 3 **Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieses Protokolls

- a) bezeichnet der Ausdruck „Feuerwaffe“ jede tragbare Rohrwappe, mit Ausnahme antiker Schusswaffen und deren Nachbildungen, die Schrot, eine Kugel oder ein anderes Geschoss mittels Treibladung verschießt, für diesen Zweck bestimmt ist oder ohne weiteres für diesen Zweck umgebaut werden kann. Antike Feuerwaffen und deren Nachbildungen werden nach innerstaatlichem Recht bestimmt. Nach 1899 hergestellte Feuerwaffen zählen jedoch nicht zu antiken Feuerwaffen;
- b) bezeichnet der Ausdruck „Teile und Komponenten“ jedes eigens für eine

ically designed for a firearm and essential to its operation, including a barrel, frame or receiver, slide or cylinder, bolt or breech block, and any device designed or adapted to diminish the sound caused by firing a firearm;

- (c) "Ammunition" shall mean the complete round or its components, including cartridge cases, primers, propellant powder, bullets or projectiles, that are used in a firearm, provided that those components are themselves subject to authorization in the respective State Party;
- (d) "Illicit manufacturing" shall mean the manufacturing or assembly of firearms, their parts and components or ammunition:
- (i) From parts and components illicitly trafficked;
- (ii) Without a licence or authorization from a competent authority of the State Party where the manufacture or assembly takes place; or
- (iii) Without marking the firearms at the time of manufacture, in accordance with article 8 of this Protocol;

Licensing or authorization of the manufacture of parts and components shall be in accordance with domestic law;

- (e) "Illicit trafficking" shall mean the import, export, acquisition, sale, delivery, movement or transfer of firearms, their parts and components and ammunition from or across the territory of one State Party to that of another State Party if any one of the States Parties concerned does not authorize it in accordance with the terms of this Protocol or if the firearms are not marked in accordance with article 8 of this Protocol;
- (f) "Tracing" shall mean the systematic tracking of firearms and, where possible, their parts and components and ammunition from manufacturer to purchaser for the purpose of assisting the competent authorities of States Parties in detecting, investigating and analysing illicit manufacturing and illicit trafficking.

Article 4

Scope of application

1. This Protocol shall apply, except as otherwise stated herein, to the prevention of illicit manufacturing of and trafficking in

placement spécifiquement conçu pour une arme à feu et indispensable à son fonctionnement, notamment le canon, la carcasse ou la boîte de culasse, la glissière ou le barillet, la culasse mobile ou le bloc de culasse, ainsi que tout dispositif conçu ou adapté pour atténuer le bruit causé par un tir d'arme à feu ;

- c) Le terme « munitions » désigne l'ensemble de la cartouche ou ses éléments, y compris les étuis, les amorces, la poudre propulsive, les balles ou les projectiles, utilisés dans une arme à feu, sous réserve que lesdits éléments soient eux-mêmes soumis à autorisation dans l'État Partie considéré ;
- d) L'expression « fabrication illicite » désigne la fabrication ou l'assemblage d'armes à feu, de leurs pièces et éléments ou de munitions :
- i) À partir de pièces et d'éléments ayant fait l'objet d'un trafic illicite ;
- ii) Sans licence ou autorisation d'une autorité compétente de l'État Partie dans lequel la fabrication ou l'assemblage a lieu ; ou
- iii) Sans marquage des armes à feu au moment de leur fabrication conformément à l'article 8 du présent Protocole ;

Des licences ou autorisations de fabrication de pièces et d'éléments sont délivrées conformément au droit interne ;

- e) L'expression « trafic illicite » désigne l'importation, l'exportation, l'acquisition, la vente, la livraison, le transport ou le transfert d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions à partir du territoire d'un État Partie ou à travers ce dernier vers le territoire d'un autre État Partie si l'un des États Parties concernés ne l'autorise pas conformément aux dispositions du présent Protocole ou si les armes à feu ne sont pas marquées conformément à l'article 8 du présent Protocole ;
- f) Le terme « traçage » désigne le suivi systématique du parcours des armes à feu et, si possible, de leurs pièces, éléments et munitions depuis le fabricant jusqu'à l'acheteur en vue d'aider les autorités compétentes des États Parties à déceler et analyser la fabrication et le trafic illicites et à mener des enquêtes.

Article 4

Champ d'application

1. Le présent Protocole s'applique, sauf disposition contraire, à la prévention de la fabrication et du trafic illicites des armes à

Feuerwaffe bestimmte und für deren Funktionieren wesentliche Teilstück oder Ersatzteil, einschließlich des Laufes, des Rahmens oder Verschlussgehäuses, des Schlittens oder der Trommel, des Schlagbolzens oder Verschlusses, sowie jede Vorrichtung, die zur Dämpfung des beim Abfeuern einer Feuerwaffe entstehenden Schalls bestimmt ist oder dazu umgebaut wurde;

- c) bezeichnet der Ausdruck „Munition“ die gesamte Patrone oder ihre Komponenten, einschließlich Patronenhülsen, Zündern, Treibladungspulver, Kugeln oder Geschossen, die in einer Feuerwaffe verwendet werden, sofern diese Komponenten selbst in dem jeweiligen Vertragsstaat genehmigungspflichtig sind;
- d) bezeichnet der Ausdruck „unerlaubte Herstellung“ die Herstellung oder den Zusammenbau von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten oder Munition
- i) aus Teilen und Komponenten, die Gegenstand des unerlaubten Handels waren;
- ii) ohne Lizenz oder Genehmigung einer zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem die Herstellung oder der Zusammenbau stattfindet, oder
- iii) ohne die in Artikel 8 vorgesehene Kennzeichnung der Feuerwaffen zum Zeitpunkt der Herstellung;

die Lizenz oder Genehmigung zur Herstellung von Teilen und Komponenten wird nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften erteilt;

- e) bezeichnet der Ausdruck „unerlaubter Handel“ die Einfuhr, die Ausfuhr, den Erwerb, den Verkauf, die Lieferung, die Verbringung oder die Weitergabe von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats oder durch dessen Hoheitsgebiet in das Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats, sofern einer der betreffenden Vertragsstaaten dies nicht im Einklang mit diesem Protokoll genehmigt oder die Feuerwaffen nicht im Einklang mit Artikel 8 gekennzeichnet sind;
- f) bezeichnet der Ausdruck „Rückverfolgung“ die systematische Verfolgung des Weges von Feuerwaffen und nach Möglichkeit von deren Teilen und Komponenten und Munition vom Hersteller bis zum Käufer mit dem Ziel, den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bei der Aufdeckung, Untersuchung und Analyse der unerlaubten Herstellung und des unerlaubten Handels behilflich zu sein.

Artikel 4

Geltungsbereich

(1) Dieses Protokoll findet, soweit darin nichts anderes bestimmt ist, Anwendung auf die Verhütung der unerlaubten Herstel-

firearms, their parts and components and ammunition and to the investigation and prosecution of offences established in accordance with article 5 of this Protocol where those offences are transnational in nature and involve an organized criminal group.

2. This Protocol shall not apply to state-to-state transactions or to state transfers in cases where the application of the Protocol would prejudice the right of a State Party to take action in the interest of national security consistent with the Charter of the United Nations.

Article 5 Criminalization

1. Each State Party shall adopt such legislative and other measures as may be necessary to establish as criminal offences the following conduct, when committed intentionally:

- (a) Illicit manufacturing of firearms, their parts and components and ammunition;
- (b) Illicit trafficking in firearms, their parts and components and ammunition;
- (c) Falsifying or illicitly obliterating, removing or altering the marking(s) on firearms required by article 8 of this Protocol.

2. Each State Party shall also adopt such legislative and other measures as may be necessary to establish as criminal offences the following conduct:

- (a) Subject to the basic concepts of its legal system, attempting to commit or participating as an accomplice in an offence established in accordance with paragraph 1 of this article; and
- (b) Organizing, directing, aiding, abetting, facilitating or counselling the commission of an offence established in accordance with paragraph 1 of this article.

Article 6 Confiscation, seizure and disposal

1. Without prejudice to article 12 of the Convention, States Parties shall adopt, to the greatest extent possible within their domestic legal systems, such measures as may be necessary to enable confiscation of firearms, their parts and components and ammunition that have been illicitly manufactured or trafficked.

2. States Parties shall adopt, within their domestic legal systems, such measures as may be necessary to prevent illicitly manu-

feu, de leurs pièces, éléments et munitions et aux enquêtes et poursuites relatives aux infractions établies conformément à l'article 5 dudit Protocole, lorsque ces infractions sont de nature transnationale et qu'un groupe criminel organisé y est impliqué.

2. Le présent Protocole ne s'applique pas aux transactions entre États ou aux transferts d'État dans les cas où son application porterait atteinte au droit d'un État Partie de prendre, dans l'intérêt de la sécurité nationale, des mesures compatibles avec la Charte des Nations Unies.

Article 5 Incrimination

1. Chaque État Partie adopte les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale lorsque les actes ont été commis intentionnellement :

- a) À la fabrication illicite d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions ;
- b) Au trafic illicite d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions ;
- c) À la falsification ou à l'effacement, à l'enlèvement ou à l'altération de façon illégale de la (des) marque(s) que doit porter une arme à feu en vertu de l'article 8 du présent Protocole.

2. Chaque État Partie adopte également les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale :

- a) Sous réserve des concepts fondamentaux de son système juridique, au fait de tenter de commettre une infraction établie conformément au paragraphe 1 du présent article ou de s'en rendre complice ; et
- b) Au fait d'organiser, de diriger, de faciliter, d'encourager ou de favoriser au moyen d'une aide ou de conseils, la commission d'une infraction établie conformément au paragraphe 1 du présent article.

Article 6 Confiscation, saisie et disposition

1. Sans préjudice de l'article 12 de la Convention, les États Parties adoptent, dans toute la mesure possible dans le cadre de leurs systèmes juridiques nationaux, les mesures nécessaires pour permettre la confiscation des armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions ayant fait l'objet d'une fabrication ou d'un trafic illicites.

2. Les États Parties adoptent, dans le cadre de leurs systèmes juridiques nationaux, les mesures nécessaires pour empê-

lung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie des unerlaubten Handels damit und auf die Untersuchung sowie strafrechtliche Verfolgung der in Übereinstimmung mit Artikel 5 umschriebenen Straftaten, wenn diese Straftaten grenzüberschreitender Natur sind und eine organisierte kriminelle Gruppe daran mitwirkt.

(2) Dieses Protokoll findet keine Anwendung auf Geschäfte zwischen Staaten oder staatliches Überlassen in Fällen, in denen die Anwendung des Protokolls das Recht eines Vertragsstaats berühren würde, im Interesse der nationalen Sicherheit Maßnahmen zu treffen, die mit der Charta der Vereinten Nationen im Einklang stehen.

Artikel 5 Kriminalisierung

(1) Jeder Vertragsstaat trifft die erforderlichen gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen, um folgende Handlungen, wenn vorsätzlich begangen, als Straftaten zu umschreiben:

- a) die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition;
- b) den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition;
- c) die Fälschung oder die unerlaubte Unkenntlichmachung, Entfernung oder Abänderung der nach Artikel 8 erforderlichen Kennzeichnung(en) auf Feuerwaffen.

(2) Jeder Vertragsstaat trifft ferner die erforderlichen gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen, um folgende Handlungen als Straftaten zu umschreiben:

- a) vorbehaltlich der Grundzüge seiner Rechtsordnung den Versuch, eine in Übereinstimmung mit Absatz 1 umschriebene Straftat zu begehen, oder die Beteiligung an ihr als Mittäter oder Gehilfe und
- b) die Organisation, die Leitung, die Beihilfe, die Anstiftung, die Erleichterung oder die Beratung in Bezug auf die Begehung einer in Übereinstimmung mit Absatz 1 umschriebenen Straftat.

Artikel 6 Einziehung, Beschlagnahme und Verwertung

(1) Unbeschadet des Artikels 12 des Übereinkommens treffen die Vertragsstaaten im größtmöglichen Umfang, den ihre innerstaatliche Rechtsordnung zulässt, die erforderlichen Maßnahmen, um die Einziehung von Feuerwaffen, deren Teile und Komponenten und Munition, die unerlaubt hergestellt oder gehandelt wurden, zu ermöglichen.

(2) Die Vertragsstaaten treffen im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung die erforderlichen Maßnahmen, um zu ver-

factured and trafficked firearms, parts and components and ammunition from falling into the hands of unauthorized persons by seizing and destroying such firearms, their parts and components and ammunition unless other disposal has been officially authorized, provided that the firearms have been marked and the methods of disposal of those firearms and ammunition have been recorded.

II. Prevention

Article 7

Record-keeping

Each State Party shall ensure the maintenance, for not less than ten years, of information in relation to firearms and, where appropriate and feasible, their parts and components and ammunition that is necessary to trace and identify those firearms and, where appropriate and feasible, their parts and components and ammunition which are illicitly manufactured or trafficked and to prevent and detect such activities. Such information shall include:

- (a) The appropriate markings required by article 8 of this Protocol;
- (b) In cases involving international transactions in firearms, their parts and components and ammunition, the issuance and expiration dates of the appropriate licences or authorizations, the country of export, the country of import, the transit countries, where appropriate, and the final recipient and the description and quantity of the articles.

Article 8

Marking of firearms

1. For the purpose of identifying and tracing each firearm, States Parties shall:

- (a) At the time of manufacture of each firearm, either require unique marking providing the name of the manufacturer, the country or place of manufacture and the serial number, or maintain any alternative unique user-friendly marking with simple geometric symbols in combination with a numeric and/or alphanumeric code, permitting ready identification by all States of the country of manufacture;
- (b) Require appropriate simple marking on each imported firearm, permitting identification of the country of import and, where possible, the year of import and enabling the competent authorities of that country to trace the firearm, and a

cher que les armes à feu, leurs pièces, éléments et munitions ayant fait l'objet d'une fabrication et d'un trafic illicites ne tombent entre les mains de personnes non autorisées en saisissant et détruisant lesdites armes, leurs pièces, éléments et munitions sauf si une autre mesure de disposition a été officiellement autorisée, à condition que ces armes aient été marquées et que les méthodes de disposition desdites armes et des munitions aient été enregistrées.

II. Prévention

Article 7

Conservation des informations

Chaque État Partie assure la conservation, pendant au moins dix ans, des informations sur les armes à feu et, lorsqu'il y a lieu et si possible, sur leurs pièces, éléments et munitions, qui sont nécessaires pour assurer le traçage et l'identification de celles de ces armes à feu et, lorsqu'il y a lieu et si possible, de leurs pièces, éléments et munitions qui font l'objet d'une fabrication ou d'un trafic illicites ainsi que pour prévenir et détecter ces activités. Ces informations sont les suivantes :

- a) Les marques appropriées requises en vertu de l'article 8 du présent Protocole ;
- b) Dans le cas de transactions internationales portant sur des armes à feu, leurs pièces, éléments et munitions, les dates de délivrance et d'expiration des licences ou autorisations voulues, le pays d'exportation, le pays d'importation, les pays de transit, le cas échéant, et le destinataire final ainsi que la description et la quantité des articles.

Article 8

Marquage des armes à feu

1. Aux fins de l'identification et du traçage de chaque arme à feu, les États Parties :

- a) Au moment de la fabrication de chaque arme à feu, soit exigent un marquage unique indiquant le nom du fabricant, le pays ou le lieu de fabrication et le numéro de série, soit conservent tout autre marquage unique et d'usage facile comportant des symboles géométriques simples combinés à un code numérique et / ou alphanumérique, permettant à tous les États d'identifier facilement le pays de fabrication ;
- b) Exigent un marquage approprié simple sur chaque arme à feu importée, permettant d'identifier le pays importateur et, si possible, l'année d'importation et rendant possible le traçage de l'arme à feu par les autorités compétentes de

hüten, dass unerlaubt hergestellte und gehandelte Feuerwaffen, Teile und Komponenten und Munition in die Hände Unbefugter gelangen, indem sie diese Feuerwaffen, deren Teile und Komponenten und Munition beschlagnahmen und vernichten, sofern nicht eine andere Form der Verwertung amtlich genehmigt wurde; Voraussetzung hierfür ist, dass die Feuerwaffen gekennzeichnet und die Arten der Verwertung der Feuerwaffen und der Munition amtlich registriert worden sind.

II. Verhütung

Artikel 7

Aufbewahrung von Aufzeichnungen

Jeder Vertragsstaat trägt dafür Sorge, dass Informationen über Feuerwaffen und, soweit zweckmäßig und durchführbar, über deren Teile und Komponenten und Munition mindestens zehn Jahre lang aufbewahrt werden, wenn sie erforderlich sind, um diese Feuerwaffen und, soweit zweckmäßig und durchführbar, deren Teile und Komponenten und Munition, die unerlaubt hergestellt oder gehandelt werden, zurückzufolgen und zu identifizieren sowie um solche Tätigkeiten zu verhüten und aufzudecken. Diese Informationen umfassen

- a) die nach Artikel 8 erforderlichen geeigneten Kennzeichnungen;
- b) bei internationalen Geschäften mit Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition das Ausstellungs- und Ablaufdatum der entsprechenden Lizenzen oder Genehmigungen, das Ausfuhrland, das Einfuhrland, gegebenenfalls die Durchfuhrländer und den Endempfänger sowie die Beschreibung und Menge der Artikel.

Artikel 8

Kennzeichnung von Feuerwaffen

(1) Zum Zweck der Identifizierung und Rückverfolgung von Feuerwaffen

- a) schreiben die Vertragsstaaten vor, dass jede Feuerwaffe zum Zeitpunkt ihrer Herstellung eine eindeutige Kennzeichnung mit Angabe des Herstellers, des Herstellungslands oder -orts und der Seriennummer erhält, oder legen eine andere eindeutige benutzerfreundliche Kennzeichnung mit einfachen geometrischen Symbolen und einem numerischen und/oder alphanumerischen Code fest, so dass alle Staaten ohne weiteres das Herstellungsland identifizieren können;
- b) schreiben die Vertragsstaaten vor, dass jede eingeführte Feuerwaffe eine geeignete einfache Kennzeichnung trägt, so dass das Einfuhrland und nach Möglichkeit das Einfuhrjahr identifizierbar sind und die zuständigen Behörden des be-

unique marking, if the firearm does not bear such a marking. The requirements of this subparagraph need not be applied to temporary imports of firearms for verifiable lawful purposes;

- (c) Ensure, at the time of transfer of a firearm from government stocks to permanent civilian use, the appropriate unique marking permitting identification by all States Parties of the transferring country.

2. States Parties shall encourage the firearms manufacturing industry to develop measures against the removal or alteration of markings.

ce pays, ainsi qu'une marque unique, si l'arme à feu ne porte pas une telle marque. Les conditions énoncées au présent alinéa n'ont pas à être appliquées aux importations temporaires d'armes à feu à des fins licites vérifiables ;

- c) Assurent, au moment du transfert d'une arme à feu des stocks de l'État en vue d'un usage civil permanent, le marquage approprié unique permettant à tous les États Parties d'identifier le pays de transfert.

2. Les États Parties encouragent l'industrie des armes à feu à concevoir des mesures qui empêchent d'enlever ou d'altérer les marques.

treffenden Landes die Feuerwaffe zurückverfolgen können, und verlangen eine eindeutige Kennzeichnung, falls die Feuerwaffe keine derartige Kennzeichnung aufweist. Im Fall vorübergehender Einfuhren von Feuerwaffen für nachweislich rechtmäßige Zwecke brauchen diese Vorschriften nicht angewendet zu werden;

- c) stellen die Vertragsstaaten sicher, dass eine Feuerwaffe zu dem Zeitpunkt, zu dem sie aus staatlichen Beständen zur ständigen zivilen Verwendung weitergegeben wird, die geeignete eindeutige Kennzeichnung trägt, so dass alle Vertragsstaaten das weitergebende Land identifizieren können.

(2) Die Vertragsstaaten legen den Feuerwaffenherstellern nahe, Maßnahmen gegen die Entfernung oder Abänderung von Kennzeichnungen zu entwickeln.

Article 9

Deactivation of firearms

A State Party that does not recognize a deactivated firearm as a firearm in accordance with its domestic law shall take the necessary measures, including the establishment of specific offences if appropriate, to prevent the illicit reactivation of deactivated firearms, consistent with the following general principles of deactivation:

- (a) All essential parts of a deactivated firearm are to be rendered permanently inoperable and incapable of removal, replacement or modification in a manner that would permit the firearm to be reactivated in any way;
- (b) Arrangements are to be made for deactivation measures to be verified, where appropriate, by a competent authority to ensure that the modifications made to a firearm render it permanently inoperable;
- (c) Verification by a competent authority is to include a certificate or record attesting to the deactivation of the firearm or a clearly visible mark to that effect stamped on the firearm.

Article 10

General requirements for export, import and transit licensing or authorization systems

1. Each State Party shall establish or maintain an effective system of export and import licensing or authorization, as well as of measures on international transit, for the transfer of firearms, their parts and compo-

Article 9

Neutralisation des armes à feu

Un État Partie qui, dans son droit interne, ne considère pas une arme à feu neutralisée comme une arme à feu prend les mesures nécessaires, y compris l'établissement d'infractions spécifiques, s'il y a lieu, pour prévenir la réactivation illicite des armes à feu neutralisées, conformément aux principes généraux de neutralisation ci-après :

- a) Rendre définitivement inutilisables et impossibles à enlever, remplacer ou modifier en vue d'une réactivation quelconque, toutes les parties essentielles d'une arme à feu neutralisée ;
- b) Prendre des dispositions pour, s'il y a lieu, faire vérifier les mesures de neutralisation par une autorité compétente, afin de garantir que les modifications apportées à une arme à feu la rendent définitivement inutilisable ;
- c) Prévoir dans le cadre de la vérification par l'autorité compétente la délivrance d'un certificat ou d'un document attestant la neutralisation de l'arme à feu, ou l'application à cet effet sur l'arme à feu d'une marque clairement visible.

Article 10

Obligations générales concernant les systèmes de licences ou d'autorisations d'exportation, d'importation et de transit

1. Chaque État Partie établit ou maintient un système efficace de licences ou d'autorisations d'exportation et d'importation, ainsi que de mesures sur le transit international, pour le transfert d'armes à feu, de

Artikel 9

Unbrauchbarmachung von Feuerwaffen

Ein Vertragsstaat, der eine unbrauchbar gemachte Feuerwaffe nach seinem innerstaatlichen Recht nicht als Feuerwaffe ansieht, trifft die erforderlichen Maßnahmen, gegebenenfalls einschließlich der Umschreibung bestimmter Handlungen als Straftaten, um die unerlaubte Reaktivierung unbrauchbar gemachter Feuerwaffen im Einklang mit folgenden allgemeinen Grundsätzen über die Unbrauchbarmachung zu verhüten:

- a) Alle wesentlichen Teile einer unbrauchbar gemachten Feuerwaffe sind auf Dauer unbrauchbar zu machen; eine Entfernung, ein Austausch oder eine Änderung dieser Teile, die eine wie auch immer geartete Reaktivierung der Feuerwaffe erlauben würde, ist auszuschließen;
- b) es sind Vorkehrungen dafür zu treffen, dass die Maßnahmen der Unbrauchbarmachung gegebenenfalls durch eine zuständige Behörde überprüft werden, um sicherzustellen, dass eine Feuerwaffe durch die an ihr vorgenommenen Änderungen auf Dauer unbrauchbar wird;
- c) im Rahmen der Überprüfung durch eine zuständige Behörde ist eine Bescheinigung oder ein Nachweis über die Unbrauchbarmachung der Feuerwaffe auszustellen oder eine deutlich sichtbare diesbezügliche Kennzeichnung an der Feuerwaffe anzubringen.

Artikel 10

Allgemeine Anforderungen im Hinblick auf Lizenz- oder Genehmigungsverfahren für die Ausfuhr, Einfuhr und Durchfuhr

(1) Jeder Vertragsstaat schafft oder unterhält für die Weitergabe von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munitio ein wirksames System von Ausfuhr- und Einfuhrlicenzen oder -genehmigungen

nents and ammunition.

2. Before issuing export licences or authorizations for shipments of firearms, their parts and components and ammunition, each State Party shall verify:

- (a) That the importing States have issued import licences or authorizations; and
- (b) That, without prejudice to bilateral or multilateral agreements or arrangements favouring landlocked States, the transit States have, at a minimum, given notice in writing, prior to shipment, that they have no objection to the transit.

3. The export and import licence or authorization and accompanying documentation together shall contain information that, at a minimum, shall include the place and the date of issuance, the date of expiration, the country of export, the country of import, the final recipient, a description and the quantity of the firearms, their parts and components and ammunition and, whenever there is transit, the countries of transit. The information contained in the import licence must be provided in advance to the transit States.

4. The importing State Party shall, upon request, inform the exporting State Party of the receipt of the dispatched shipment of firearms, their parts and components or ammunition.

5. Each State Party shall, within available means, take such measures as may be necessary to ensure that licensing or authorization procedures are secure and that the authenticity of licensing or authorization documents can be verified or validated.

6. States Parties may adopt simplified procedures for the temporary import and export and the transit of firearms, their parts and components and ammunition for verifiable lawful purposes such as hunting, sport shooting, evaluation, exhibitions or repairs.

Article 11

Security and preventive measures

In an effort to detect, prevent and eliminate the theft, loss or diversion of, as well as the illicit manufacturing of and trafficking in, firearms, their parts and components and ammunition, each State Party shall take appropriate measures:

- (a) To require the security of firearms, their parts and components and ammunition at the time of manufacture, import, export and transit through its territory; and
- (b) To increase the effectiveness of import, export and transit controls, including,

leurs pièces, éléments et munitions.

2. Avant de délivrer des licences ou autorisations d'exportation pour des envois d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions, chaque État Partie vérifie que :

- a) Les États importateurs ont délivré des licences ou autorisations d'importation ; et
- b) Les États de transit ont au moins notifié par écrit, avant l'envoi, qu'ils ne s'opposent pas au transit, ceci sans préjudice des accords ou arrangements bilatéraux et multilatéraux en faveur des États sans littoral.

3. La licence ou l'autorisation d'exportation et d'importation et la documentation qui l'accompagne contiennent des informations qui, au minimum, incluent le lieu et la date de délivrance, la date d'expiration, le pays d'exportation, le pays d'importation, le destinataire final, la désignation des armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions et leur quantité et, en cas de transit, les pays de transit. Les informations figurant dans la licence d'importation doivent être fournies à l'avance aux États de transit.

4. L'État Partie importateur informe l'État Partie exportateur, sur sa demande, de la réception des envois d'armes à feu, de leurs pièces et éléments ou de munitions.

5. Chaque État Partie prend, dans la limite de ses moyens, les mesures nécessaires pour faire en sorte que les procédures d'octroi de licences ou d'autorisations soient sûres et que l'authenticité des licences ou autorisations puisse être vérifiée ou validée.

6. Les États Parties peuvent adopter des procédures simplifiées pour l'importation et l'exportation temporaires et pour le transit d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions, à des fins légales vérifiables telles que la chasse, le tir sportif, l'expertise, l'exposition ou la réparation.

Article 11

Mesures de sécurité et de prévention

Afin de détecter, de prévenir et d'éliminer les vols, pertes ou détournements, ainsi que la fabrication et le trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions, chaque État Partie prend les mesures appropriées :

- a) Pour exiger la sécurité des armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions au moment de la fabrication, de l'importation, de l'exportation et du transit par son territoire ; et
- b) Pour accroître l'efficacité des contrôles des importations, des exportations et

sowie von Maßnahmen betreffend die internationale Durchfuhr.

(2) Vor der Erteilung von Ausfuhrlicenzen oder -genehmigungen für Lieferungen von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition vergewissert sich jeder Vertragsstaat,

- a) dass die Einfuhrstaaten Einfuhrlicenzen oder -genehmigungen erteilt haben und
- b) dass die Durchfuhrstaaten unbeschadet zwei- oder mehrseitiger Übereinkünfte zu Gunsten von Binnenstaaten vor der Lieferung zumindest schriftlich mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände gegen die Durchfuhr haben.

(3) Die Ausfuhr- und Einfuhrlicenz oder -genehmigung und die Begleitdokumente enthalten mindestens folgende Angaben: Ort und Datum der Ausstellung, Ablaufdatum, Ausfuhrland, Einfuhrland, Endempfänger, Beschreibung und Menge der Feuerwaffen, ihrer Teile und Komponenten und Munition sowie im Fall von Durchfuhr die Durchfuhrländer. Die in der Einfuhrlicenz enthaltenen Angaben müssen den Durchfuhrstaaten im Voraus übermittelt werden.

(4) Der einführende Vertragsstaat unterrichtet den ausführenden Vertragsstaat auf dessen Ersuchen über den Erhalt der Lieferung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten oder Munition.

(5) Jeder Vertragsstaat trifft im Rahmen der verfügbaren Mittel die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Lizenz- oder Genehmigungsverfahren sicher sind und dass die Echtheit der Lizenz- oder Genehmigungsdokumente überprüft oder bestätigt werden kann.

(6) Die Vertragsstaaten können vereinfachte Verfahren für die vorübergehende Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition für nachweislich rechtmäßige Zwecke wie beispielsweise Jagd, Schießsport, Begutachtungen, Ausstellungen oder Instandsetzungen beschließen.

Artikel 11

Sicherheits- und Verhütungsmaßnahmen

Mit dem Ziel, den Diebstahl, den Verlust oder die Umlenkung wie auch die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie den unerlaubten Handel damit aufzudecken, zu verhüten und zu unterbinden, trifft jeder Vertragsstaat geeignete Maßnahmen,

- a) um die Sicherheit von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition zum Zeitpunkt der Herstellung, der Einfuhr, der Ausfuhr und der Durchfuhr durch sein Hoheitsgebiet zu verlangen und
- b) um die Wirksamkeit der Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrkontrollen, ge-

where appropriate, border controls, and of police and customs transborder cooperation.

du transit, y compris, lorsqu'il y a lieu, des contrôles aux frontières, ainsi que l'efficacité de la coopération transfrontière entre la police et les services douaniers.

gegebenfalls einschließlich der Grenzkontrollen, und die Wirksamkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Zollbehörden zu erhöhen.

Article 12

Information

1. Without prejudice to articles 27 and 28 of the Convention, States Parties shall exchange among themselves, consistent with their respective domestic legal and administrative systems, relevant case-specific information on matters such as authorized producers, dealers, importers, exporters and, whenever possible, carriers of firearms, their parts and components and ammunition.

2. Without prejudice to articles 27 and 28 of the Convention, States Parties shall exchange among themselves, consistent with their respective domestic legal and administrative systems, relevant information on matters such as:

- (a) Organized criminal groups known to take part or suspected of taking part in the illicit manufacturing of or trafficking in firearms, their parts and components and ammunition;
- (b) The means of concealment used in the illicit manufacturing of or trafficking in firearms, their parts and components and ammunition and ways of detecting them;
- (c) Methods and means, points of dispatch and destination and routes customarily used by organized criminal groups engaged in illicit trafficking in firearms, their parts and components and ammunition; and
- (d) Legislative experiences and practices and measures to prevent, combat and eradicate the illicit manufacturing of and trafficking in firearms, their parts and components and ammunition.

3. States Parties shall provide to or share with each other, as appropriate, relevant scientific and technological information useful to law enforcement authorities in order to enhance each other's abilities to prevent, detect and investigate the illicit manufacturing of and trafficking in firearms, their parts and components and ammunition and to prosecute the persons involved in those illicit activities.

4. States Parties shall cooperate in the tracing of firearms, their parts and components and ammunition that may have been

Article 12

Information

1. Sans préjudice des articles 27 et 28 de la Convention, les États Parties échangeront, conformément à leurs systèmes juridiques et administratifs respectifs, des informations pertinentes, dans chaque cas d'espèce, concernant notamment les fabricants, négociants, importateurs, exportateurs et, chaque fois que cela est possible, transporteurs autorisés d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions.

2. Sans préjudice des articles 27 et 28 de la Convention, les États Parties échangeront, conformément à leurs systèmes juridiques et administratifs respectifs, des informations pertinentes concernant notamment :

- a) Les groupes criminels organisés dont on sait ou dont on soupçonne qu'ils participent à la fabrication ou au trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions ;
- b) Les moyens de dissimulation utilisés dans la fabrication ou le trafic illicites des armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions et les moyens de les détecter ;
- c) Les méthodes et moyens, les points d'expédition et de destination et les itinéraires habituellement utilisés par les groupes criminels organisés se livrant au trafic illicite d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions ; et
- d) Les données d'expérience d'ordre législatif ainsi que les pratiques et mesures tendant à prévenir, combattre et éradiquer la fabrication et le trafic illicites des armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions.

3. Les États Parties se communiquent ou s'échangent, selon qu'il convient, des informations scientifiques et technologiques pertinentes utiles aux services de détection et de répression en vue de renforcer mutuellement leur capacité de prévenir et de déceler la fabrication et le trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions, de mener des enquêtes et d'engager des poursuites contre les personnes impliquées dans ces activités illicites.

4. Les États Parties coopèrent pour le traçage des armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions ayant pu faire l'objet

Artikel 12

Information

(1) Unbeschadet der Artikel 27 und 28 des Übereinkommens tauschen die Vertragsstaaten im Einklang mit ihrer jeweiligen innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsordnung sachdienliche einschlägige Informationen aus, beispielsweise über zugelassene Hersteller, Händler, Importeure, Exporteure und nach Möglichkeit über Beförderer von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition.

(2) Unbeschadet der Artikel 27 und 28 des Übereinkommens tauschen die Vertragsstaaten im Einklang mit ihrer jeweiligen innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsordnung sachdienliche Informationen unter anderem zu folgenden Angelegenheiten aus:

- a) den organisierten kriminellen Gruppen, die erwiesenermaßen oder mutmaßlich an der unerlaubten Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition oder am unerlaubten Handel damit beteiligt sind;
- b) den Verschleierungsmitteln, die bei der unerlaubten Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition oder beim unerlaubten Handel damit angewendet werden, sowie den Möglichkeiten zu ihrer Aufdeckung;
- c) den Methoden und Mitteln, Versand- und Zielorten sowie Routen, die von organisierten kriminellen Gruppen, die unerlaubten Handel mit Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition betreiben, üblicherweise benutzt werden, und
- d) den Erfahrungen bei der Gesetzgebung sowie den Praktiken und Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung der unerlaubten Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie des unerlaubten Handels damit.

(3) Die Vertragsstaaten stellen einander sachdienliche, für die Strafverfolgungsbehörden nützliche wissenschaftliche und technische Informationen zur Verfügung oder tauschen sie gegebenenfalls aus, um sich gegenseitig besser in die Lage zu versetzen, die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie den unerlaubten Handel damit zu verhüten, aufzudecken und zu untersuchen sowie die an diesen unerlaubten Tätigkeiten beteiligten Personen strafrechtlich zu verfolgen.

(4) Die Vertragsparteien arbeiten bei der Rückverfolgung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition, die

illicitly manufactured or trafficked. Such cooperation shall include the provision of prompt responses to requests for assistance in tracing such firearms, their parts and components and ammunition, within available means.

5. Subject to the basic concepts of its legal system or any international agreements, each State Party shall guarantee the confidentiality of and comply with any restrictions on the use of information that it receives from another State Party pursuant to this article, including proprietary information pertaining to commercial transactions, if requested to do so by the State Party providing the information. If such confidentiality cannot be maintained, the State Party that provided the information shall be notified prior to its disclosure.

Article 13

Cooperation

1. States Parties shall cooperate at the bilateral, regional and international levels to prevent, combat and eradicate the illicit manufacturing of and trafficking in firearms, their parts and components and ammunition.

2. Without prejudice to article 18, paragraph 13, of the Convention, each State Party shall identify a national body or a single point of contact to act as liaison between it and other States Parties on matters relating to this Protocol.

3. States Parties shall seek the support and cooperation of manufacturers, dealers, importers, exporters, brokers and commercial carriers of firearms, their parts and components and ammunition to prevent and detect the illicit activities referred to in paragraph 1 of this article.

Article 14

Training and technical assistance

States Parties shall cooperate with each other and with relevant international organizations, as appropriate, so that States Parties may receive, upon request, the training and technical assistance necessary to enhance their ability to prevent, combat and eradicate the illicit manufacturing of and trafficking in firearms, their parts and components and ammunition, including technical, financial and material assistance in those matters identified in articles 29 and 30 of the Convention.

d'une fabrication ou d'un trafic illicites et ils répondent rapidement, dans la limite de leurs moyens, aux demandes d'aide dans ce domaine.

5. Sous réserve des concepts fondamentaux de son système juridique ou de tous accords internationaux, chaque État Partie, qui reçoit d'un autre État Partie, en application du présent article, des informations, y compris des informations exclusives concernant des transactions commerciales, garantit leur confidentialité et respecte toutes restrictions à leur usage s'il en est prié par l'État Partie qui les fournit. Si une telle confidentialité ne peut pas être assurée, l'État Partie qui a fourni les informations en est avisé avant que celles-ci soient divulguées.

Article 13

Coopération

1. Les États Parties coopèrent aux niveaux bilatéral, régional et international pour prévenir, combattre et éradiquer la fabrication et le trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions.

2. Sans préjudice du paragraphe 13 de l'article 18 de la Convention, chaque État Partie désigne un organisme national ou un point de contact unique chargé d'assurer la liaison avec d'autres États Parties pour les questions relatives au présent Protocole.

3. Les États Parties cherchent à obtenir l'appui et la coopération des fabricants, négociants, importateurs, exportateurs, courtiers et transporteurs commerciaux d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions afin de prévenir et de détecter les activités illicites visées au paragraphe 1 du présent article.

Article 14

Formation et assistance technique

Les États Parties coopèrent entre eux et avec les organisations internationales compétentes, selon qu'il convient, de façon à pouvoir recevoir, sur demande, la formation et l'assistance technique nécessaires pour améliorer leur capacité de prévenir, combattre et éradiquer la fabrication et le trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions, y compris une assistance technique, financière et matérielle pour les questions visées aux articles 29 et 30 de la Convention.

möglicherweise unerlaubt hergestellt oder gehandelt wurden, zusammen. Diese Zusammenarbeit umfasst im Rahmen der verfügbaren Mittel die rasche Reaktion auf Ersuchen um Hilfe bei der Rückverfolgung von diesen Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition.

(5) Vorbehaltlich der Grundzüge seiner Rechtsordnung oder völkerrechtlicher Übereinkünfte gewährleistet jeder Vertragsstaat die Vertraulichkeit der Informationen, die er nach diesem Artikel von einem anderen Vertragsstaat erhält, einschließlich rechtlich geschützter Informationen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften, und trägt allen Einschränkungen des Gebrauchs dieser Informationen Rechnung, wenn er von dem die Informationen zur Verfügung stellenden Vertragsstaat darum ersucht wird. Kann die Vertraulichkeit nicht gewahrt werden, so ist dies dem Vertragsstaat, der die Informationen zur Verfügung gestellt hat, vor deren Offenlegung mitzuteilen.

Artikel 13

Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsstaaten arbeiten auf zweiseitiger, regionaler und internationaler Ebene zusammen, um die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie den unerlaubten Handel damit zu verhüten, zu bekämpfen und zu unterbinden.

(2) Unbeschadet des Artikels 18 Absatz 13 des Übereinkommens bestimmt jeder Vertragsstaat eine staatliche Stelle oder eine zentrale Anlaufstelle, welche die Aufgabe hat, bei Fragen im Zusammenhang mit diesem Protokoll als Verbindungsorgan zwischen ihm und anderen Vertragsstaaten tätig zu werden.

(3) Die Vertragsstaaten bemühen sich um die Unterstützung und Zusammenarbeit der Hersteller, Händler, Importeure, Exporteure, Makler und gewerbsmäßigen Beförderer von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition, um die in Absatz 1 genannten unerlaubten Tätigkeiten zu verhüten und aufzudecken.

Artikel 14

Ausbildung und technische Hilfe

Die Vertragsstaaten arbeiten untereinander sowie gegebenenfalls mit den zuständigen internationalen Organisationen zusammen, damit sie auf Ersuchen die Ausbildung und die technische Hilfe erhalten können, die zur Verbesserung ihrer Fähigkeit erforderlich sind, die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie den unerlaubten Handel damit zu verhüten, zu bekämpfen und zu unterbinden; dies schließt technische, finanzielle und materielle Hilfe bezüglich der in den Artikeln 29 und 30 des Übereinkommens genannten Angelegenheiten ein.

Article 15**Brokers and brokering**

1. With a view to preventing and combating illicit manufacturing of and trafficking in firearms, their parts and components and ammunition, States Parties that have not yet done so shall consider establishing a system for regulating the activities of those who engage in brokering. Such a system could include one or more measures such as:

- (a) Requiring registration of brokers operating within their territory;
- (b) Requiring licensing or authorization of brokering; or
- (c) Requiring disclosure on import and export licences or authorizations, or accompanying documents, of the names and locations of brokers involved in the transaction.

2. States Parties that have established a system of authorization regarding brokering as set forth in paragraph 1 of this article are encouraged to include information on brokers and brokering in their exchanges of information under article 12 of this Protocol and to retain records regarding brokers and brokering in accordance with article 7 of this Protocol.

III. Final provisions

Article 16**Settlement of disputes**

1. States Parties shall endeavour to settle disputes concerning the interpretation or application of this Protocol through negotiation.

2. Any dispute between two or more States Parties concerning the interpretation or application of this Protocol that cannot be settled through negotiation within a reasonable time shall, at the request of one of those States Parties, be submitted to arbitration. If, six months after the date of the request for arbitration, those States Parties are unable to agree on the organization of the arbitration, any one of those States Parties may refer the dispute to the International Court of Justice by request in accordance with the Statute of the Court.

3. Each State Party may, at the time of signature, ratification, acceptance or approval of or accession to this Protocol, declare that it does not consider itself bound by paragraph 2 of this article. The other States Parties shall not be bound by paragraph 2 of this article with respect to any State Party that has made such a reservation.

4. Any State Party that has made a reservation in accordance with paragraph 3

Article 15**Courtiers et courtage**

1. En vue de prévenir et de combattre la fabrication et le trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions, les États Parties qui ne l'ont pas encore fait envisagent d'établir un système de réglementation des activités de ceux qui pratiquent le courtage. Un tel système pourrait inclure une ou plusieurs mesures telles que :

- a) L'exigence d'un enregistrement des courtiers exerçant sur leur territoire ;
- b) L'exigence d'une licence ou d'une autorisation de courtage ; ou
- c) L'exigence de l'indication sur les licences ou autorisations d'importation et d'exportation, ou sur les documents d'accompagnement, du nom et de l'emplacement des courtiers participant à la transaction.

2. Les États Parties qui ont établi un système d'autorisations concernant le courtage, tel qu'énoncé au paragraphe 1 du présent article, sont encouragés à fournir des renseignements sur les courtiers et le courtage lorsqu'ils échangent des informations au titre de l'article 12 du présent Protocole et à conserver les renseignements relatifs aux courtiers et au courtage conformément à l'article 7 du présent Protocole.

III. Dispositions finales

Article 16**Règlement des différends**

1. Les États Parties s'efforcent de régler les différends concernant l'interprétation ou l'application du présent Protocole par voie de négociation.

2. Tout différend entre deux États Parties ou plus concernant l'interprétation ou l'application du présent Protocole qui ne peut être réglé par voie de négociation dans un délai raisonnable est, à la demande de l'un de ces États Parties, soumis à l'arbitrage. Si, dans un délai de six mois à compter de la date de la demande d'arbitrage, les États Parties ne peuvent s'entendre sur l'organisation de l'arbitrage, l'un quelconque d'entre eux peut soumettre le différend à la Cour internationale de Justice en adressant une requête conformément au Statut de la Cour.

3. Chaque État Partie peut, au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation ou de l'approbation du présent Protocole ou de l'adhésion à celui-ci, déclarer qu'il ne se considère pas lié par le paragraphe 2 du présent article. Les autres États Parties ne sont pas liés par le paragraphe 2 du présent article envers tout État Partie ayant émis une telle réserve.

4. Tout État Partie qui a émis une réserve en vertu du paragraphe 3 du présent article

Artikel 15**Makler und Vermittlungsgeschäfte**

(1) Um die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie den unerlaubten Handel damit zu verhüten und zu bekämpfen, erwägen Vertragsstaaten, die dies nicht bereits getan haben, ein System zur Regelung der Tätigkeiten der an Vermittlungsgeschäften beteiligten Personen zu schaffen. Ein derartiges System könnte eine oder mehrere Maßnahmen umfassen, wie beispielsweise

- a) die Registrierungspflicht der in ihrem Hoheitsgebiet tätigen Makler;
- b) die Lizenz- oder Genehmigungspflicht der Vermittlungsgeschäfte oder
- c) die Pflicht zur Offenlegung der Namen und Standorte der an dem jeweiligen Geschäft beteiligten Makler auf den Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen oder -genehmigungen beziehungsweise in den Begleitdokumenten.

(2) Vertragsstaaten, die ein Genehmigungsverfahren für Vermittlungsgeschäfte nach Absatz 1 geschaffen haben, wird nahe gelegt, in den Informationsaustausch nach Artikel 12 auch Informationen über Makler und Vermittlungsgeschäfte einzubeziehen und im Einklang mit Artikel 7 Aufzeichnungen über Makler und Vermittlungsgeschäfte aufzubewahren.

III. Schlussbestimmungen

Artikel 16**Beilegung von Streitigkeiten**

(1) Die Vertragsstaaten bemühen sich, Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Protokolls durch Verhandlungen beizulegen.

(2) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Protokolls, die nicht innerhalb einer angemessenen Frist durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird auf Verlangen eines dieser Vertragsstaaten einem Schiedsverfahren unterworfen. Können sich die Vertragsstaaten binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, über seine Ausgestaltung nicht einigen, so kann jeder dieser Vertragsstaaten die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten, indem er einen seinem Statut entsprechenden Antrag stellt.

(3) Jeder Vertragsstaat kann bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Protokolls oder dem Beitritt zu diesem erklären, dass er sich durch Absatz 2 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt angebracht hat, durch Absatz 2 nicht gebunden.

(4) Ein Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 3 angebracht hat, kann

of this article may at any time withdraw that reservation by notification to the Secretary-General of the United Nations.

Article 17

Signature, ratification, acceptance, approval and accession

1. This Protocol shall be open to all States for signature at United Nations Headquarters in New York from the thirtieth day after its adoption by the General Assembly until 12 December 2002.

2. This Protocol shall also be open for signature by regional economic integration organizations provided that at least one member State of such organization has signed this Protocol in accordance with paragraph 1 of this article.

3. This Protocol is subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations. A regional economic integration organization may deposit its instrument of ratification, acceptance or approval if at least one of its member States has done likewise. In that instrument of ratification, acceptance or approval, such organization shall declare the extent of its competence with respect to the matters governed by this Protocol. Such organization shall also inform the depositary of any relevant modification in the extent of its competence.

4. This Protocol is open for accession by any State or any regional economic integration organization of which at least one member State is a Party to this Protocol. Instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations. At the time of its accession, a regional economic integration organization shall declare the extent of its competence with respect to matters governed by this Protocol. Such organization shall also inform the depositary of any relevant modification in the extent of its competence.

Article 18

Entry into force

1. This Protocol shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit of the fortieth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, except that it shall not enter into force before the entry into force of the Convention. For the purpose of this paragraph, any instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by member States of such organization.

2. For each State or regional economic integration organization ratifying, accepting,

peut la retirer à tout moment en adressant une notification au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 17

Signature, ratification, acceptation, approbation et adhésion

1. Le présent Protocole sera ouvert à la signature de tous les États au Siège de l'Organisation des Nations Unies, à New York, à compter du trentième jour suivant son adoption par l'Assemblée générale et jusqu'au 12 décembre 2002.

2. Le présent Protocole est également ouvert à la signature des organisations régionales d'intégration économique à la condition qu'au moins un de ses États membres d'une telle organisation ait signé le présent Protocole conformément au paragraphe 1 du présent article.

3. Le présent Protocole est soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Une organisation régionale d'intégration économique peut déposer ses instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation si au moins un de ses États membres l'a fait. Dans cet instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, cette organisation déclare l'étendue de sa compétence concernant les questions régies par le présent Protocole. Elle informe également le dépositaire de toute modification pertinente de l'étendue de sa compétence.

4. Le présent Protocole est ouvert à l'adhésion de tout État ou de toute organisation régionale d'intégration économique dont au moins un État membre est Partie au présent Protocole. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Au moment de son adhésion, une organisation régionale d'intégration économique déclare l'étendue de sa compétence concernant les questions régies par le présent Protocole. Elle informe également le dépositaire de toute modification pertinente de l'étendue de sa compétence.

Article 18

Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date de dépôt du quarantième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, étant entendu qu'il n'entrera pas en vigueur avant que la Convention n'entre elle-même en vigueur. Aux fins du présent paragraphe, aucun des instruments déposés par une organisation régionale d'intégration économique n'est considéré comme un instrument venant s'ajouter aux instruments déjà déposés par les États membres de cette organisation.

2. Pour chaque État ou organisation régionale d'intégration économique qui rati-

diesen Vorbehalt jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurückziehen.

Artikel 17

Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Protokoll liegt für alle Staaten vom dreißigsten Tag nach seiner Annahme durch die Generalversammlung bis zum 12. Dezember 2002 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Protokoll liegt auch für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zur Unterzeichnung auf, sofern mindestens ein Mitgliedstaat der betreffenden Organisation dieses Protokoll nach Absatz 1 unterzeichnet hat.

(3) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration kann ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegen, wenn dies mindestens einer ihrer Mitgliedstaaten getan hat. In dieser Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde erklärt die Organisation den Umfang ihrer Zuständigkeiten in Bezug auf die durch dieses Protokoll erfassten Angelegenheiten. Die Organisation teilt dem Verwahrer auch jede maßgebliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten mit.

(4) Dieses Protokoll steht jedem Staat und jeder Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, von der mindestens ein Mitgliedstaat Vertragspartei dieses Protokolls ist, zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Bei ihrem Beitritt erklärt eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration den Umfang ihrer Zuständigkeiten in Bezug auf die durch dieses Protokoll erfassten Angelegenheiten. Die Organisation teilt dem Verwahrer auch jede maßgebliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten mit.

Artikel 18

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der vierzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft, jedoch nicht vor Inkrafttreten des Übereinkommens. Für die Zwecke dieses Absatzes zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedstaaten der betreffenden Organisation hinterlegten Urkunden.

(2) Für jeden Staat und jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, der

approving or acceding to this Protocol after the deposit of the fortieth instrument of such action, this Protocol shall enter into force on the thirtieth day after the date of deposit by such State or organization of the relevant instrument or on the date this Protocol enters into force pursuant to paragraph 1 of this article, whichever is the later.

Article 19 Amendment

1. After the expiry of five years from the entry into force of this Protocol, a State Party to the Protocol may propose an amendment and file it with the Secretary-General of the United Nations, who shall thereupon communicate the proposed amendment to the States Parties and to the Conference of the Parties to the Convention for the purpose of considering and deciding on the proposal. The States Parties to this Protocol shall make every effort to achieve consensus on each amendment. If all efforts at consensus have been exhausted and no agreement has been reached, the amendment shall, as a last resort, require for its adoption a two-thirds majority vote of the States Parties to this Protocol present and voting at the meeting of the Conference of the Parties.

2. Regional economic integration organizations, in matters within their competence, shall exercise their right to vote under this article with a number of votes equal to the number of their member States that are Parties to this Protocol. Such organizations shall not exercise their right to vote if their member States exercise theirs and vice versa.

3. An amendment adopted in accordance with paragraph 1 of this article is subject to ratification, acceptance or approval by States Parties.

4. An amendment adopted in accordance with paragraph 1 of this article shall enter into force in respect of a State Party ninety days after the date of the deposit with the Secretary-General of the United Nations of an instrument of ratification, acceptance or approval of such amendment.

5. When an amendment enters into force, it shall be binding on those States Parties which have expressed their consent to be bound by it. Other States Parties shall still be bound by the provisions of this Protocol and any earlier amendments that they have ratified, accepted or approved.

Article 20 Denunciation

1. A State Party may denounce this Protocol by written notification to the

fiera, acceptera ou approuvera le présent Protocole ou y adhèrera après le dépôt du quarantième instrument pertinent, le présent Protocole entrera en vigueur le trentième jour suivant la date de dépôt de l'instrument pertinent par ledit État ou ladite organisation ou à la date à laquelle il entre en vigueur en application du paragraphe 1 du présent article, si celle-ci est postérieure.

Article 19 Amendement

1. À l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Protocole, un État Partie au Protocole peut proposer un amendement et en déposer le texte auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Ce dernier communique alors la proposition d'amendement aux États Parties et à la Conférence des Parties à la Convention en vue de l'examen de la proposition et de l'adoption d'une décision. Les États Parties au présent Protocole réunis en Conférence des Parties n'épargnent aucun effort pour parvenir à un consensus sur tout amendement. Si tous les efforts en ce sens ont été épuisés sans qu'un accord soit intervenu, il faudra, en dernier recours, pour que l'amendement soit adopté, un vote à la majorité des deux tiers des États Parties au présent Protocole présents à la Conférence des Parties et exprimant leur vote.

2. Les organisations régionales d'intégration économique disposent, pour exercer, en vertu du présent article, leur droit de vote dans les domaines qui relèvent de leur compétence, d'un nombre de voix égal au nombre de leurs États membres Parties au présent Protocole. Elles n'exercent pas leur droit de vote si leurs États membres exercent le leur, et inversement.

3. Un amendement adopté conformément au paragraphe 1 du présent article est soumis à ratification, acceptation ou approbation des États Parties.

4. Un amendement adopté conformément au paragraphe 1 du présent article entrera en vigueur pour un État Partie quatrevingt-dix jours après la date de dépôt par ledit État Partie auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies d'un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation dudit amendement.

5. Un amendement entré en vigueur a force obligatoire à l'égard des États Parties qui ont exprimé leur consentement à être liés par lui. Les autres États Parties restent liés par les dispositions du présent Protocole et tous amendements antérieurs qu'ils ont ratifiés, acceptés ou approuvés.

Article 20 Dénonciation

1. Un État Partie peut dénoncer le présent Protocole par notification écrite adres-

beziehungsweise die dieses Protokoll nach Hinterlegung der vierzigsten entsprechenden Urkunde ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitrifft, tritt das Protokoll am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunde durch diesen Staat beziehungsweise diese Organisation oder zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Protokolls nach Absatz 1 in Kraft, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

Artikel 19 Änderung

(1) Nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Protokolls kann ein Vertragsstaat des Protokolls eine Änderung vorschlagen und sie beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen; dieser leitet die vorgeschlagene Änderung den Vertragsstaaten und der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens zu, damit diese den Vorschlag prüfen und darüber beschließen können. Die Vertragsstaaten dieses Protokolls, die in der Konferenz der Vertragsparteien zusammentreten, bemühen sich nach Kräften um eine Einigung durch Konsens über jede Änderung. Sind alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft und wird keine Einigung erzielt, so ist als letztes Mittel eine Zweidrittelmehrheit der auf der Sitzung der Konferenz der Vertragsparteien anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten erforderlich, um die Änderung zu beschließen.

(2) Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration üben in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimmrecht nach diesem Artikel mit der Anzahl von Stimmen aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Protokolls sind. Diese Organisationen üben ihr Stimmrecht nicht aus, wenn ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, und umgekehrt.

(3) Eine nach Absatz 1 beschlossene Änderung bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Vertragsstaaten.

(4) Eine nach Absatz 1 beschlossene Änderung tritt für einen Vertragsstaat neunzig Tage nach der Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungs-urkunde zu der Änderung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

(5) Tritt eine Änderung in Kraft, so ist sie für diejenigen Vertragsstaaten, die ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch sie gebunden zu sein, bindend. Die anderen Vertragsstaaten sind weiter durch dieses Protokoll und alle früher von ihnen ratifizierten, angenommenen oder genehmigten Änderungen gebunden.

Artikel 20 Kündigung

(1) Ein Vertragsstaat kann dieses Protokoll durch eine an den Generalsekretär der

Secretary-General of the United Nations. Such denunciation shall become effective one year after the date of receipt of the notification by the Secretary-General.

2. A regional economic integration organization shall cease to be a Party to this Protocol when all of its member States have denounced it.

Article 21

Depositary and languages

1. The Secretary-General of the United Nations is designated depositary of this Protocol.

2. The original of this Protocol, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

In witness whereof, the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Protocol.

sée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Une telle dénonciation prend effet un an après la date de réception de la notification par le Secrétaire général.

2. Une organisation régionale d'intégration économique cesse d'être Partie au présent Protocole lorsque tous ses États membres l'ont dénoncé.

Article 21

Dépositaire et langues

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est le dépositaire du présent Protocole.

2. L'original du présent Protocole, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, à ce dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Protocole.

Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(2) Eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hört auf, Vertragspartei dieses Protokolls zu sein, wenn alle ihre Mitgliedstaaten es gekündigt haben.

Artikel 21

Verwahrer und Sprachen

(1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird zum Verwahrer dieses Protokolls bestimmt.

(2) Die Urschrift dieses Protokolls, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben.

Denkschrift

A. Allgemeines

Am 3. September 2002 hat die Bundesrepublik Deutschland das Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll), unterzeichnet.

Das VN-Feuerwaffenprotokoll, mit dem die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten gefördert, erleichtert und verstärkt werden soll, um die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten einerseits und Munition andererseits sowie den unerlaubten Handel damit zu verhüten, zu bekämpfen und zu beseitigen, ist am 3. Juli 2005 in Kraft getreten. Es ergänzt das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und trägt zusammen mit diesem dazu bei, strafrechtlich relevante Sachverhalte wie die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen entsprechend zu sanktionieren, sofern sie grenzüberschreitenden Charakter haben und eine organisierte kriminelle Gruppe daran mitgewirkt hat. Nicht vom Anwendungsbereich des Abkommens erfasst sind Transaktionen betreffend Feuerwaffen zwischen Staaten, welche im Interesse der nationalen Sicherheit des Staates notwendig sind und im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen stehen.

Das VN-Feuerwaffenprotokoll trägt mithin einerseits dazu bei, die illegale Herstellung und den grenzüberschreitenden Transfer von Feuerwaffen zu verbieten, andererseits aber auch, ein umfassendes Kontrollsystem zur systematischen Verfolgung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition zu etablieren, um hierdurch nachteilige Auswirkungen des illegalen Handels auf die Sicherheit eines jeden Staates, jeder Region und der Welt insgesamt zu verhindern.

Um diesem Regelungszweck gerecht zu werden, enthält das VN-Feuerwaffenprotokoll umfassende Regelungen zur Strafbarkeit der unerlaubten Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie Regelungen zur Registrierung, Rückverfolgung, Einziehung und Beschlagnahme sowie Kennzeichnung von Feuerwaffen. Des Weiteren werden Regelungen zur bilateralen, aber auch zur internationalen Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten getroffen, um wirksam gegen die organisierte Kriminalität in Bezug auf den Handel und die Herstellung von Feuerwaffen vorzugehen.

Die Bestimmungen des VN-Feuerwaffenprotokolls sind in der Bundesrepublik Deutschland bereits Bestandteil des innerstaatlichen Rechts. Ein Rechtssetzungsbedarf über das Vertragsgesetz hinaus wird durch das VN-Feuerwaffenprotokoll nicht ausgelöst.

B. Besonderes

I. Das VN-Feuerwaffenprotokoll

Das VN-Feuerwaffenprotokoll besteht aus einer Präambel und 21 Artikeln. Die Präambel betont die Notwendigkeit des Abschlusses des VN-Feuerwaffenprotokolls. Dieses ergänzt das VN-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und wird für dessen

Umsetzung im Hinblick auf die Verhütung und Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität von Nutzen sein. Schließlich hat die unerlaubte Herstellung und der unerlaubte Handel mit Feuerwaffen nachteilige Auswirkungen auf die Sicherheit eines jeden Staates, jeder Region und der Welt insgesamt.

Zu Artikel 1

Artikel 1 regelt das Verhältnis des VN-Feuerwaffenprotokolls zu dem VN-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (vgl. Artikel 37 ebda).

Das Protokoll ergänzt das Übereinkommen und ist zusammen mit diesem auszulegen. Gemäß Artikel 1 Absatz 3 werden die in Artikel 5 des VN-Feuerwaffenprotokolls umschriebenen Straftaten als in Übereinstimmung mit den im Übereinkommen umschriebenen Straftaten angesehen, das heißt die in Artikel 5 des VN-Feuerwaffenprotokolls als Straftat zu klassifizierenden Handlungen sind auch auf die in Artikel 5 des Übereinkommens geregelten Fälle der organisierten Kriminalität übertragbar und umgekehrt.

Zu Artikel 2

Artikel 2 beschreibt den Zweck des Protokolls. Dieser besteht darin, die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten zu fördern, zu erleichtern und zu verstärken, um die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie den unerlaubten Handel damit zu verhüten, zu bekämpfen und zu unterbinden.

Zu Artikel 3

Artikel 3 enthält Definitionen einiger grundlegender Begriffe des VN-Feuerwaffenprotokolls. Ein Umsetzungsbedarf besteht nicht, da jeweils eine wortgleiche bzw. systematisch entsprechende Umsetzung im Waffengesetz enthalten ist.

Artikel 3 Buchstabe a des VN-Feuerwaffenprotokolls definiert den Begriff der Feuerwaffe als jede tragbare Rohrwaffe, mit Ausnahme antiker Schusswaffen oder deren Nachbildungen, die Schrot, eine Kugel oder ein anderes Geschoss mittels Treibladung verschießt, die für diesen Zweck bestimmt ist oder die ohne weiteres für diesen Zweck umgebaut werden kann.

Diese Definition entspricht der Regelung in § 1 Absatz 2 Nummer 1, Absatz 4 WaffG in Verbindung mit Anlage 1 zum WaffG, dort Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nummer 1.1 und 2.1, wonach Feuerwaffen Schusswaffen sind, also Gegenstände, die zum Angriff oder zur Verteidigung, zur Signalgebung, zur Jagd, zur Distanzinjektion, zur Markierung, zum Sport oder zum Spiel bestimmt sind und bei denen Geschosse mittels heißer Gase durch einen oder aus einem Lauf getrieben werden. Der Begriff der Feuerwaffe im Sinne des WaffG umfasst keine Gegenstände, „die ohne weiteres für diesen Zweck umgebaut“ werden können. Jedoch handelt es sich bei diesen Gegenständen um wesentliche Teile im Sinne der Anlage 1 zum WaffG, Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nummer 1.3, so dass sie der Feuerwaffe gleichgestellt sind.

Somit ist die Umsetzung in innerstaatliches Recht gegeben.

Artikel 3 Buchstabe b des VN-Feuerwaffenprotokolls beschreibt Teile und Komponenten als jedes eigens für eine Feuerwaffe konstruiertes und für ihr Funktionieren wesentliches Teil oder Ersatzteil. Die Umsetzung in innerstaatliches Recht ist durch Anlage 1 zum WaffG, Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nummer 1.3 gegeben.

Die Definition von Munition in Artikel 3 Buchstabe c des VN-Feuerwaffenprotokolls ist in Anlage 1 zum WaffG, Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 umgesetzt.

Die Begriffsbestimmung zur Herstellung im Sinne des Artikels 3 Buchstabe d des VN-Feuerwaffenprotokolls ist durch Anlage 1 zum WaffG, Abschnitt 2 Nummer 8.1 in innerstaatliches Recht umgesetzt. Unter Herstellung von Waffen oder Munition versteht man einen Vorgang, bei dem aus Rohteilen oder Materialien ein Endprodukt oder wesentliche Teile eines Endproduktes erzeugt werden. Dabei gilt auch das Wiederladen von Hülsen als Herstellen von Munition.

Die Definition von Handel, das heißt die Einfuhr, die Ausfuhr, der Erwerb, der Verkauf, die Lieferung, der Transport oder die Verbringung von Feuerwaffen gemäß Artikel 3 Buchstabe e des VN-Feuerwaffenprotokolls entspricht der Regelung in Anlage 1 zum WaffG, Abschnitt 2 Nummer 9. Demnach treibt Waffenhandel, wer gewerbsmäßig oder selbstständig im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung Schusswaffen oder Munition ankauft, feilhält, Bestellungen entgegennimmt oder aufsucht, anderen überlässt oder den Erwerb, den Vertrieb oder das Überlassen vermittelt.

Die Rückverfolgung im Sinne des Artikels 3 Buchstabe f des VN-Feuerwaffenprotokolls ist im innerstaatlichen Recht durch Anzeigepflichten gegenüber den Waffenbehörden in §§ 37 bis 37i WaffG und korrespondierenden Speicherungsregelungen in § 6 des Waffenregistergesetzes (WaffRG) gewährleistet. Die relevanten Regelungen wurden zum Teil durch das 3. Waffenrechtsänderungsgesetz vom 17. Februar 2020 (BGBl. I S. 166) geschaffen, um die von der EU-Feuerwaffenrichtlinie geforderte vollständige Rückverfolgbarkeit von Waffen und wesentlichen Waffenteilen zu ermöglichen.

Das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG) enthält bezüglich der Kriegswaffen keine eigenen Definitionen. Soweit notwendig, werden bei der Auslegung des KrWaffKontrG jedoch die Definitionen des WaffG herangezogen. So wird auf die im WaffG niedergelegten Definitionen der Feuerwaffe, der Herstellung, des Handels und der Rückverfolgung zurückgegriffen. Munition und wesentliche Teile von Kriegswaffen, die Kriegswaffeneigenschaft haben, sind in der Kriegswaffenliste (KWL) aufgeführt.

Zu Artikel 4

Artikel 4 definiert in Absatz 1 den sachlichen und in Absatz 2 den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens.

Absatz 1 stellt klar, dass die in Artikel 5 umschriebenen Straftaten vom Geltungsbereich umfasst sind, sofern sie grenzüberschreitender Natur sind und eine organisierte kriminelle Gruppe daran mitgewirkt hat (hierzu Bundestags-Drucksache 15/5150, S. 75, 76).

Vom persönlichen Geltungsbereich gemäß Artikel 4 Absatz 2 des VN-Feuerwaffenprotokolls ausgenommen sind Transaktionen zwischen Staaten oder staatliche Transfers, die als Maßnahme der nationalen Sicherheit im Einklang mit der UN-Charta stehen. Voraussetzung ist allerdings, dass der jeweilige Staat in Ausübung seiner hoheitlichen Befugnisse tätig wird. Sofern der jeweilige Staat am privatwirtschaftlichen Austausch teilnimmt, bleibt dieses Handeln vom Geltungsbereich umfasst.

Zu Artikel 5

Artikel 5 Absatz 1 beinhaltet die Verpflichtung der Vertragsstaaten, die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition (Buchstabe a), das unerlaubte Handeln mit diesen (Buchstabe b) und die Fälschung oder unerlaubte Unkenntlichmachung der Kennzeichnung von Feuerwaffen (Buchstabe c) strafrechtlich zu sanktionieren.

Im nationalen Recht entsprechen die §§ 51 bis 53 WaffG dem Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a und b des VN-Feuerwaffenprotokolls. § 51 Absatz 1 WaffG enthält einen eigenständigen Verbrechenstatbestand bezüglich des unerlaubten Umgangs mit vollautomatischen Schusswaffen und Vorderschaftrepetierflinten, sogenannten „Pumpguns“. § 51 Absatz 2 WaffG enthält eine erhöhte Strafandrohung für die Tatbegehung in besonders schweren Fällen (Gewerbsmäßigkeit oder bandenmäßige Begehung), wohingegen § 51 Absatz 3 WaffG eine Regelung für minder schwere Fälle und § 51 Absatz 4 WaffG eine Regelung für die Fälle der fahrlässigen Tatbegehung trifft. § 52 Absatz 1 WaffG enthält sieben Tatbestände, die als Mindestmaß eine Strafandrohung von sechs Monaten Freiheitsstrafe enthalten. Ebenso ist die Tatbegehung in besonders schweren Fällen, § 52 Absatz 3 WaffG, in minder schweren Fällen, § 52 Absatz 6 WaffG, sowie durch Fahrlässigkeit, § 52 Absatz 4 WaffG, geregelt.

Dass es sich bei § 53 WaffG um einen Ordnungswidrigkeitentatbestand handelt, steht einer hinreichenden Umsetzung in innerstaatliches Recht nicht entgegen. Auch eine Ordnungswidrigkeit stellt eine Pönalisierung in Form einer rechtswidrigen und vorwerfbaren Handlung, die den Tatbestand eines Gesetzes verwirklicht, § 1 Absatz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG), dar. Die Umsetzung des Protokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Menschenhandelprotokoll) durch Sanktionsnormen im Strafgesetzbuch (StGB) entfaltet gegenüber der Umsetzung des VN-Feuerwaffenprotokolls keine Präzedenzwirkung. Allein die Umsetzung im StGB als Kernstrafrecht gegenüber der Umsetzung sämtlicher Sanktionsnormen des VN-Feuerwaffenprotokolls im WaffG als Nebenstrafrecht impliziert, dass die Schutzgüter und der Unrechtsgehalt der Taten beider Zusatzprotokolle nicht vergleichbar und damit einer anderen Umsetzung zugänglich sind. Durch die innerstaatliche Umsetzung des Menschenhandelprotokolls werden die persönliche Freiheit (§§ 232 ff. StGB) sowie die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 ff. StGB) geschützt. Durch die Verwirklichung der Tatbestände kommt es unmittelbar zu einer Verletzung der Rechtsgüter des Einzelnen, wohingegen die Verletzung der Kennzeichnungspflicht von Feuerwaffen keine unmittelbaren Auswirkungen auf die

Rechtsgüter des Einzelnen entfaltet. Sinn und Zweck der Kennzeichnungspflicht ist die Nachverfolgbarkeit der Feuerwaffen. Ein Verstoß hiergegen ist als typisches Verwaltungsunrecht zu klassifizieren, dessen Ahndung mit einer Kriminalstrafe unangemessen wäre, vor allem auch in Anbetracht des Normgefüges in §§ 52 und 53 WaffG.

Die Fälschung oder unerlaubte Unkenntlichmachung der Kennzeichnung von Feuerwaffen gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 8 des VN-Feuerwaffenprotokolls ist in § 53 Absatz 1 Nummer 9 in Verbindung mit §§ 24, 25 WaffG umgesetzt. Nach innerstaatlichem Recht sind zwingend folgende Kennzeichen anzubringen:

- Herstellungsland (zweistelliges Landeskürzel nach ISO 3166),
- Bezeichnung der Munition oder, wenn keine Munition verwendet wird, die Bezeichnung der Geschosse,
- bei Importwaffen zusätzlich Ausfuhrland und Jahr des Verbringens,
- eine fortlaufende Seriennummer.

Damit sind die Kennzeichnungsvoraussetzungen aus Artikel 8 des VN-Feuerwaffenprotokolls – Kennzeichnung von Hersteller, Herstellerland, Seriennummer (Artikel 8 Buchstabe a), bei Waffenimporten das Ausfuhrland sowie das Jahr des Verbringens (Artikel 8 Buchstabe b) – erfüllt und die mit ihm bezweckte Rückverfolgbarkeit der Feuerwaffen gewährleistet.

Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a und b des VN-Feuerwaffenprotokolls normieren eine Strafbarkeit der in Absatz 1 dargelegten Handlungen für den Versuch und die Tatbeteiligung. Die Versuchsstrafbarkeit des § 51 WaffG ergibt sich aus seinem Charakter als Verbrechenstatbestand gemäß § 12 Absatz 1 StGB, wodurch der Versuch gemäß § 23 Absatz 1 StGB strafbar ist. § 52 Absatz 2 WaffG regelt die Versuchsstrafbarkeit der in § 52 Absatz 1 WaffG normierten Delikte.

Der Versuch einer Tat nach § 53 Absatz 1 Nummer 9 WaffG ist nicht ordnungswidrig, da dies im Gesetz nicht ausdrücklich bestimmt ist (§ 13 Absatz 2 OWiG). Allerdings erfährt die Ausgestaltung der Ordnungswidrigkeit in § 53 Absatz 1 Nummer 9 OWiG abweichend von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c des VN-Feuerwaffenprotokolls mehrere Abstufungen, wie das nicht richtige Anbringen oder nicht vollständige Anbringen des Zeichens auf der Schusswaffe. Diese stellen im Vergleich zur Entfernung oder Änderung der Kennzeichnung nach Artikel 8 des VN-Feuerwaffenprotokolls vorgelagerte Handlungen dar. Sinn und Zweck des Versuchs ist es, die Nichtvollendung des Tatbestandes zu sanktionieren, wenn der Täter den Entschluss zur Begehung einer Straftat durch sein Handeln gefasst hat. Übertragen auf Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c des VN-Feuerwaffenprotokolls bedeutet dies, dass durch die Ausgestaltung des § 53 Absatz 1 Nummer 9 WaffG vorgelagerte Tat handlungen, die nicht zur Vollendung geführt haben, sanktioniert werden. Dies ist der Normierung einer Versuchsstrafbarkeit gleichwertig.

Bei Auslandssachverhalten sind das Außenwirtschaftsgesetz (AWG), die Außenwirtschaftsverordnung (AWV) und die Verordnung (EU) Nr. 258/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Um-

setzung des Artikels 10 des Protokolls der Vereinten Nationen gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, dazugehörigen Teilen und Komponenten und Munition und gegen den unerlaubten Handel damit, in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll) und zur Einführung von Ausfuhrgenehmigungen für Feuerwaffen, deren Teile, Komponenten und Munition sowie von Maßnahmen betreffend deren Einfuhr und Durchfuhr (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 1, Verordnung (EU) Nr. 258/2012) anzuwenden. Die Strafbarkeit des in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b des VN-Feuerwaffenprotokolls erfassten Deliktes resultiert aus § 18 Absatz 2 Nummer 1 AWG bzw. aus § 53 Absatz 1a WaffG. Die Bestrafung der Fälschung oder unerlaubten Unkenntlichmachung der Kennzeichnung von Feuerwaffen, die den vorgenannten Regelungen unterfallen, im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c des VN-Feuerwaffenprotokolls wird vom Tatbestand der Urkundenfälschung in § 267 Absatz 1 StGB mitabgedeckt. Der Versuch ist gemäß § 267 Absatz 2 StGB strafbar.

Im Bereich der Kriegswaffen wird Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a und b des VN-Feuerwaffenprotokolls durch § 22a Absatz 1 KrWaffKontrG umgesetzt. Der Versuch ist gemäß § 23 Absatz 1, § 12 Absatz 1 StGB strafbar. Die Bestrafung der Fälschung oder unerlaubten Unkenntlichmachung der Kennzeichnung von Kriegsschusswaffen im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c des VN-Feuerwaffenprotokolls wird vom Tatbestand der Urkundenfälschung in § 267 Absatz 1 StGB mitabgedeckt. Der Versuch ist gemäß § 267 Absatz 2 StGB strafbar.

Die Beteiligung an einer Straftat im Sinne des Artikels 5 Absatz 1 Buchstabe b des VN-Feuerwaffenprotokolls findet ihre Entsprechung in § 25 Absatz 2 StGB und den §§ 26 und 27 StGB in Verbindung mit der jeweils einschlägigen Straftat.

Zu Artikel 6

Artikel 6 Absatz 1 ist neben Artikel 12 des Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität anzuwenden. Er fordert die Vertragsstaaten auf, die notwendigen Maßnahmen zur Einziehung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition, die unerlaubt hergestellt oder gehandelt wurden, zu ermöglichen. Diesen Anforderungen genügende Regelungen des innerstaatlichen Rechts finden sich in § 74b Absatz 1 StGB, § 54 Absatz 1 bis 3 WaffG, §§ 17, 18 AWG in Verbindung mit § 20 AWG sowie in § 24 KrWaffKontrG.

Artikel 6 Absatz 2 des VN-Feuerwaffenprotokolls fordert die Umsetzung notwendiger Maßnahmen zur Beschlagnahme und Vernichtung unerlaubt hergestellter und gehandelter Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten sowie Munition. Die Strafprozessordnung (StPO) enthält bereits hinreichende Verfahrensregelungen der Sicherung der Einziehung oder Unbrauchbarmachung durch Beschlagnahme der Gegenstände. Im Ermittlungs-/Strafverfahren wegen waffenrechtlicher Verstöße erfolgt die Sicherstellung/Beschlagnahme von Feuerwaffen, dazugehörigen Teilen und Komponenten sowie Munition primär zum Zwecke der Beweissicherung nach §§ 94 ff. StPO. Darüber hinaus können die Gegenstände zum Zwecke der Vollstreckungssicherung nach § 111b StPO beschlag-

nahmt werden, wenn die Annahme begründet ist, dass die Voraussetzungen der Einziehung oder Unbrauchbarmachung eines Gegenstandes vorliegen. Die Einziehung ist unter den Voraussetzungen der §§ 74 und 74a StGB sowie § 54 Absatz 1 bis 3 WaffG möglich. Sind die genannten Gegenstände nicht bereits im Ermittlungsverfahren nach §§ 111b ff. StPO beschlagnahmt worden, wird eine gerichtliche Einziehungsentscheidung gemäß § 459g Absatz 1 Satz 1 StPO dadurch vollstreckt, dass die Gegenstände dem Betroffenen weggenommen werden. Anschließend werden Gegenstände im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 des VN-Feuerwaffenprotokolls gemäß §§ 63, 70 der Strafvollstreckungsordnung (StVollstrO) entweder vernichtet oder für behördliche Zwecke verwendet. Zur Vernichtung und Verwertung von Schusswaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition außerhalb des Strafverfahrens auf waffenrechtlicher Grundlage ist auf die einschlägigen Verwaltungsvorschriften hinzuweisen, wie Abschnitt 7a der Allgemeinen Waffengesetz-Verordnung (AWaffV).

Zu Artikel 7

Gemäß Artikel 7 des VN-Feuerwaffenprotokolls hat jeder Vertragsstaat dafür Sorge zu tragen, dass Informationen über Feuerwaffen, deren Teile und Komponenten und Munition mindestens zehn Jahre lang aufbewahrt werden, soweit dies notwendig ist, um die Rückverfolgung und Identifizierung zu gewährleisten. Die zu registrierenden Informationen umfassen die nach Artikel 8 entsprechenden Kennzeichnungen (Artikel 7 Buchstabe a) sowie die bei internationalen Transaktionen gemäß Artikel 7 Buchstabe b die nach Artikel 10 Absatz 3 erforderlichen Informationen über die Begleitdokumente.

Bislang wurden im innerstaatlichen Recht diese Vorgaben durch § 23 WaffG in Verbindung mit §§ 17 ff. AWaffV geregelt. Hiernach waren Waffenherstellungsbücher und Waffenhandelsbücher von den Waffenherstellern und Waffenhändlern nach den Grundsätzen des § 17 AWaffV herzustellen und gemäß § 7 Absatz 6 AWaffV mindestens zehn Jahre lang aufzubewahren. Mit Inkrafttreten des 3. Waffenrechtsänderungsgesetzes werden nunmehr seit dem 1. September 2020 wichtige Daten im nationalen Waffenregister (NWR) registriert. Die Waffenbuchführungspflicht nach § 23 WaffG entfällt nach einer Übergangszeit zum 1. Januar 2022, gleichwohl werden erforderliche Daten im NWR sowie eine Ersatzdokumentation gespeichert. Näheres hierzu regeln die §§ 17 ff. AWaffV.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Registrierung von Waffen und Waffenteilen durch das NWR gewährleistet. Das NWR bildet den kompletten Lebenszyklus einer Waffe und deren wesentlicher Teile ab. Neben privaten Waffenbesitzern werden auch Waffenhersteller und Waffenhändler verpflichtet, ihren Umgang mit Waffen und wesentlichen Waffenteilen gegenüber den Waffenbehörden anzuzeigen (§§ 37 bis 37i WaffG). Die Waffenbehörden übermitteln die Daten sodann an die Registerbehörde. Die Übermittlung erfolgt entweder durch die Waffenbehörden selbst (§ 8 WaffRG) oder in deren Auftrag durch ein automatisiertes Fachverfahren, das die Waffenhersteller und Waffenhändler nutzen, um ihre Daten zu übermitteln (§ 9 WaffRG). Die Speicherfrist für Grunddaten im Sinne des § 6 WaffRG, die eine wie von Artikel 7 des VN-Feuerwaffenprotokolls vorgesehene Rückverfolgung und Identifizierung gewährleistet, beträgt

dabei gemäß § 27 Absatz 1 Satz 1 WaffRG grundsätzlich 30 Jahre, wobei die Tatbestände des § 27 Absatz 2 und § 27 Absatz 4 Nummer 1 sowie Nummer 4 WaffRG, welche Ausnahmen von der dreißigjährigen Speicherfrist vorsehen, einer konformen Umsetzung dennoch nicht entgegenstehen.

Nicht zuletzt sieht § 12 Absatz 7 Nummer 1 KrWaffKontrG in Verbindung mit § 11 Absatz 1 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen eine mindestens zehnjährige Aufbewahrungspflicht des Kriegswaffenbuches vor, wodurch Artikel 7 des VN-Feuerwaffenprotokolls umgesetzt ist.

Aufgrund behördeninterner Vorschriften des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ist auch bei der Ausfuhr von Feuerwaffen und ihrer Bestandteile eine Aufbewahrung der Informationen zur Nachverfolgung und Identifizierung von mindestens zehn Jahren sichergestellt. Zudem gilt im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 eine Aufbewahrungsfrist von mindestens 20 Jahren (siehe deren Artikel 12).

Zu Artikel 8

Zum Zweck der Identifizierung und Rückverfolgung jeder Feuerwaffe statuiert Artikel 8 des VN-Feuerwaffenprotokolls Kennzeichnungspflichten.

Dabei setzen §§ 24, 25 WaffG die Anforderungen aus Artikel 8 Buchstabe a und b um, während § 24 Absatz 3 WaffG sowie § 21 Absatz 6 AWaffV Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe c entspricht.

§ 12 Absatz 7 Nummer 1, 3 KrWaffKontrG in Verbindung mit § 13 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen sieht in Umsetzung des Artikels 8 des VN-Feuerwaffenprotokolls Kennzeichnungspflichten vor. Den weiteren Kennzeichnungspflichten des VN-Feuerwaffenprotokolls wird durch Auflagen in Genehmigungen nach § 10 Absatz 1 KrWaffKontrG Rechnung getragen.

Artikel 8 Absatz 2 des VN-Feuerwaffenprotokolls sieht vor, dass die Vertragsstaaten den Feuerwaffenherstellern nahelegen, Maßnahmen gegen die Entfernung oder Abänderung von Kennzeichnungen zu entwickeln. Durch die Sanktionierung der unsachgemäßen Kennzeichnung liegt es im ureigenen Interesse der Feuerwaffenhersteller, ihre Kennzeichnung möglichst entfernungs- und abänderungssicher anzubringen. Damit ist eine hinreichende Umsetzung in innerstaatliches Recht erfolgt.

Zu Artikel 9

Gemäß Artikel 9 hat die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat, in welchem deaktivierte Waffen nach Anlage 2 Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 Nummer 4 in Verbindung mit Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nummer 6 des WaffG nicht vom Waffenrecht umfasst sind, notwendige Maßnahmen zu treffen, um die unerlaubte Reaktivierung deaktivierter Feuerwaffen zu verhüten.

Dieser Verpflichtung kommt die Bundesrepublik Deutschland durch die Durchführungsverordnung (EU) 2015/2403 der Kommission vom 15. Dezember 2015 zur Festlegung gemeinsamer Leitlinien über Deaktivierungsstandards und -techniken, die gewährleisten, dass Feuerwaffen

bei der Deaktivierung endgültig unbrauchbar gemacht werden (ABl. L 333 vom 19.12.2015, S. 62) in Verbindung mit Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nummer 1.4 des WaffG nach. Feuerwaffen gelten hiernach als dauerhaft unbrauchbar, wenn die Schussfähigkeit oder Funktion mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen nicht wiederhergestellt werden kann, was dem Deaktivierungsgrundsatz in Artikel 9 Buchstabe a des VN-Feuerwaffenprotokolls entspricht. Ferner darf die Deaktivierung nur durch Inhaber einer Waffenherstellungserlaubnis vorgenommen werden und die Beschussämter sind als überprüfende Behörde zuständig, wodurch Artikel 9 Buchstabe b des VN-Feuerwaffenprotokolls umgesetzt ist. Dem Gebot zur Ausstellung eines Nachweises über die Deaktivierung in Artikel 9 Buchstabe c des VN-Feuerwaffenprotokolls wird durch Aushändigung einer Deaktivierungsbescheinigung Rechnung getragen.

Des Weiteren erfolgt eine Umsetzung in innerstaatliches Recht durch § 13a KrWaffKontrG in Verbindung mit der Kriegswaffenunbrauchbarmachungs- und -umgangsverordnung.

Zu Artikel 10

Artikel 10 Absatz 1 sieht vor, dass jeder Vertragsstaat ein wirksames System von Import- und Exportgenehmigungen einrichtet und unterhält.

Die Absätze 2 bis 4 enthalten Verpflichtungen der Vertragsstaaten bezüglich der Erteilung von Ausfuhrlicenzen oder Ausfuhrgenehmigungen, etwaige Formvorschriften bezogen auf diese sowie auf Verlangen des ausführenden Vertragsstaates die Pflicht des einführenden Vertragsstaates, über den Erhalt der Waffen zu informieren.

Die Umsetzung erfolgt durch das AWG, die AWW sowie durch die Verordnung (EU) Nr. 258/2012. Darüber hinaus gilt für den Austausch ziviler Feuerwaffen zwischen EU-Mitgliedstaaten gemäß § 29 Absatz 2 Satz 1 WaffG, dass die Exportgenehmigung von der Zustimmung des importierenden Mitgliedstaates abhängt. Die formellen Voraussetzungen zur Erteilung der Ausfuhrerlaubnis sind in § 29 AWaffV geregelt. Die Mitgliedstaaten können eine Liste der Feuerwaffen veröffentlichen, deren Import sie von ihrer Zustimmung abhängig machen (sogenanntes „open-licence-System“). Sofern Rüstungsgüter und Kriegswaffen ausgeführt werden, bedarf es einer Genehmigung nach § 8 Absatz 1 AWW bzw. § 3 KrWaffKontrG. Eine Voraussetzung der Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung ist die Vorlage einer Endverbleibserklärung (§ 21 Absatz 2 Satz 1 AWW; § 4 Absatz 2 Satz 1 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen). Die Einfuhr von Kriegswaffen ist gemäß § 3 KrWaffKontrG ebenfalls genehmigungspflichtig.

Die in Artikel 10 Absatz 3 des VN-Feuerwaffenprotokolls enthaltenen Mindestanforderungen – Ein- und Ausfuhrlicenzen sowie Begleitdokumente müssen u. a. Ort und Datum der Ausstellung, Ablaufdatum, Aus- und Einfuhrland enthalten – werden umgesetzt durch Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 258/2012. Dies entspricht auch der Verwaltungspraxis des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bei der Erteilung von Ein- und Ausfuhrgenehmigungen (siehe auch die korrespondierenden Antragsanforderungen in § 4 Absatz 1 der Zweiten Ver-

ordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen).

Gemäß Absatz 5 trifft die Vertragsstaaten die Obliegenheit, die Lizenz- und Genehmigungsverfahren sicher auszugestalten sowie Maßnahmen zu treffen, um die Echtheit der Lizenz- oder Genehmigungsdokumente überprüfen zu können.

Der Umsetzung wird durch Kontroll- und Prüfverfahren der jeweils zuständigen Behörde Rechnung getragen. Durch Umsetzung der Delegierten Verordnung (EU) 2019/686 der Kommission vom 16. Januar 2019 zur Festlegung detaillierter Vorkehrungen gemäß Richtlinie 91/477/EWG des Rates für den systematischen elektronischen Austausch von Informationen im Zusammenhang mit der Verbringung von Feuerwaffen innerhalb der Union wurden die §§ 29 ff. AWaffV entsprechend geändert mit dem Ziel, dass dem Bundesverwaltungsamt als zuständige Behörde für diesen Informationsaustausch rechtzeitig alle von der Verordnung geforderten Informationen zur Verfügung stehen. Für den sicheren Datenaustausch wurde durch die Verordnung die Nutzung des Binnenmarkt-Informationssystems IMI festgelegt.

Absatz 6 gestattet den Vertragsstaaten die Einführung vereinfachter Verfahren für die vorübergehende Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Feuerwaffen für rechtmäßige Zwecke wie Jagd oder Schießsport. Hiervon wurde in Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 Gebrauch gemacht.

Zu Artikel 11

Um den Diebstahl, Verlust oder die unerlaubte Umlenkung von Feuerwaffen zu verhindern, ist jeder Vertragsstaat gemäß Artikel 11 angehalten, Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen zu treffen.

Soweit Feuerwaffen und Munition innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, vergleiche Anlage 1 Abschnitt 2 Nummer 14 WaffG, mitgenommen oder verbracht werden, liegt durch die §§ 29 bis 33 WaffG eine hinreichende Umsetzung in innerstaatliches Recht vor.

Die §§ 29 bis 31 WaffG regeln die Voraussetzungen für die Erteilung von Verbringungs- und Mitnahmeerlaubnissen und sollen als Ausfluss der Warenverkehrsfreiheit in Artikel 28 ff. des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) einen möglichst freien Warenverkehr auch für Feuerwaffen im europäischen Raum gewährleisten. Dabei gilt das Prinzip der doppelten Genehmigung; das heißt im Falle eines grenzüberschreitenden Transports bedarf es sowohl der Erlaubnis des Empfänger- als auch des Entsendestaates. Demgegenüber betrifft § 32 WaffG die Voraussetzungen einer vorübergehenden Mitnahme von Waffen und Munition sowohl aus anderen EU- und Schengen-Staaten wie auch aus Drittstaaten in den oder durch den Geltungsbereich des WaffG. Die Erlaubnispflicht ergibt sich dabei aus § 2 Absatz 2 WaffG in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Satz 1 WaffG.

§ 33 WaffG regelt schließlich die Anmelde- und Nachweispflichten beim Verbringen und bei der Mitnahme von Waffen oder Munition aus einem Drittstaat in den oder durch den Geltungsbereich des Gesetzes. Ein Verstoß gegen die Anmeldepflicht stellt eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 53 Absatz 1 Nummer 15 WaffG dar.

Soweit Feuerwaffen und Munition aus Deutschland in Drittstaaten verbracht werden, ist dies zwar nach Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nummer 8 WaffG erlaubnisfrei, allerdings gelten die Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts und die Feuerwaffen-VO (vergleiche insofern §§ 4, 5 AWG, § 8 Absatz 1 AWV sowie Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 258/2012).

Im Bereich der Kriegswaffen gelten die in § 12 KrWaffKontrG aufgeführten Pflichten im Umgang mit Kriegswaffen.

Somit sind in Deutschland hinreichende Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen etabliert.

Zu Artikel 12 bis Artikel 14

Die Artikel 12 bis 14 des VN-Feuerwaffenprotokolls haben Informationspflichten und die Zusammenarbeit der und innerhalb der Vertragsstaaten zum Gegenstand.

Artikel 12 des VN-Feuerwaffenprotokolls ergänzt Artikel 27 und 28 des VN-Übereinkommens gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und betrifft die Informationspflichten.

Absatz 1 sieht dabei einen Informationsaustausch über autorisierte Händler, Hersteller, Exporteure von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition vor.

Im Rahmen des Absatzes 2 ist ein Informationsaustauschverfahren vorgesehen, wonach die Vertragsstaaten sachdienliche Informationen über organisierte kriminelle Gruppen, die Verschleierungsmethoden bei der unerlaubten Herstellung von Feuerwaffen, die Routen und Methoden beim Versand selbiger sowie Erfahrungen bei der Gesetzgebung und Maßnahmen zur Verhütung der unerlaubten Herstellung und des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen austauschen.

Absatz 3 beinhaltet einen Informationsaustausch zu wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen bezüglich der Bekämpfung der Waffenkriminalität.

Absatz 4 betrifft die strafrechtliche Zusammenarbeit zur Rückverfolgung von Feuerwaffen und Munition im Rahmen der Rechtshilfe.

Die Vertragsstaaten werden gemäß Absatz 5 dazu angehalten, die Vertraulichkeit der Informationen, die sie von einem anderen Staat erhalten, zu garantieren.

Artikel 13 Absatz 1 des VN-Feuerwaffenprotokolls ruft die Vertragsstaaten zur Zusammenarbeit auf bilateraler, regionaler und internationaler Ebene auf, um Waffenkriminalität zu bekämpfen. Dabei ist die Benennung des Bundeskriminalamtes (BKA) als nationale zentrale Kontaktstelle im Sinne des Absatzes 2 vorgesehen. Dies vor dem Hintergrund der dem BKA nach dem Bundeskriminalamtgesetz (BKAG) zugewiesenen Aufgaben und Zuständigkeiten als Zentralstelle gemäß § 2 BKAG, bei der internationalen Zusammenarbeit gemäß § 3 BKAG sowie auf dem Gebiet der Strafverfolgung gemäß § 4 BKAG.

In Absatz 3 werden die Vertragsstaaten angehalten, sich um die Unterstützung durch die und Zusammenarbeit mit den Waffenherstellern und Waffenhändlern zu bemühen, mit dem Zweck, auch diese in die Anstrengungen zur Unterbindung der unerlaubten Herstellung sowie des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen einzubeziehen. Im

innerstaatlichen Recht sind die Waffenhändler und Waffenhersteller durch den Ausbau des Nationalen Waffenregisters sogar gesetzlich verpflichtet, den Umgang mit erlaubnispflichtigen Schusswaffen und wesentlichen Teilen (wie z. B. Herstellung, Überlassung, Erwerb, Unbrauchbarmachung, Export) den zuständigen Waffenbehörden anzuzeigen. Damit ist der komplette Lebenszyklus einer erlaubnispflichtigen Schusswaffe sowie deren Teilen im Nationalen Waffenregister registriert und für die Waffen- und Sicherheitsbehörden rückverfolgbar. Nicht zuletzt stehen die zuständigen Behörden aufgabenbedingt durch die umfassenden nationalen Genehmigungserfordernisse für die Herstellung von Feuerwaffen bzw. die daraus resultierenden Überwachungsmaßnahmen in ständigem Kontakt mit Antragstellern und Genehmigungsinhabern. Vereinzelt wird auch – z. B. in Fragen der Weiterentwicklung von Kennzeichnungsanforderungen – die Expertise der Hersteller einbezogen.

Eine hinreichende Zusammenarbeit zum Zweck der Unterbindung der unerlaubten Herstellung und des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen zwischen den zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland und den Waffenherstellern und Waffenhändlern erfolgt.

Bei Artikel 14 des VN-Feuerwaffenprotokolls handelt es sich um Regelungen zur technischen Hilfe und Unterstützung bei der Ausbildung im Bereich der Bekämpfung der Waffenkriminalität. Das BKA erstellt kriminaltechnische Gutachten zu Schusswaffen/Munition und unterstützt aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen auch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, u. a. im Bereich der Waffenkriminalität.

Zu Artikel 15

Als weitere Maßnahme, um die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition und den unerlaubten Handel damit zu bekämpfen, sieht Artikel 15 vor, dass die Vertragsstaaten ein System zur Regelung der Tätigkeiten der am Zwischenhandel beteiligten Personen einrichten, wobei die Maßgaben des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe a bis c fakultativen Charakter haben.

Unter den Begriff des Händlers im Sinne von Anlage 1 zum WaffG, Abschnitt 2 Ziffer 9 ist auch der Zwischenhändler zu subsummieren, da auch er, wie der Händler, seine Tätigkeiten darauf ausrichtet, Gewinne im Sinne eines Einkommens zu erzielen. Damit unterliegt auch der Zwischenhändler bereits jetzt dem Regelungsregime der §§ 21 ff. WaffG in Verbindung mit §§ 17 ff. AWaffV.

Zu Artikel 16 bis 18

Artikel 16 des VN-Feuerwaffenprotokolls, der Vorschriften über die Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung und Auslegung des Protokolls ergeben, enthält, entspricht Artikel 35 des VN-Übereinkommens gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und folgt einem internationalen Muster.

Artikel 17 des VN-Feuerwaffenprotokolls umfasst Regelungen zur Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt zum VN-Feuerwaffenprotokoll.

Neben Staaten ist es gemäß Absatz 2 auch Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration möglich, Vertragspartei zu werden, falls mindestens eines der

Mitgliedstaaten der Organisation ebenfalls Vertragspartei geworden ist.

Artikel 18 des VN-Feuerwaffenprotokolls beinhaltet Regelungen zum Inkrafttreten des VN-Feuerwaffenprotokolls. Es ist am 3. Juli 2005 in Kraft getreten (eine Bekanntmachung ist noch nicht erfolgt).

Zu Artikel 19

Ein Vertragsstaat kann gemäß Artikel 19 Absatz 1 des VN-Feuerwaffenprotokolls nach Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Protokolls eine Änderung vorschlagen. Sofern diese angenommen wurde, bedarf sie nach Absatz 3 der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Vertragsstaaten. Änderungen sind nach Absatz 5 nur für diejenigen Vertragsstaaten bindend, die ihre Zustimmung zur Änderung erklärt haben.

Zu Artikel 20

Jedem Vertragsstaat steht es nach Artikel 20 des VN-Feuerwaffenprotokolls offen, durch schriftliche Notifikation an den VN-Generalsekretär das Protokoll zu kündigen. Die Eigenschaft als Vertragspartei einer regionalen Wirtschaftsorganisation endet automatisch gemäß Artikel 20 Absatz 2 des VN-Feuerwaffenprotokolls, wenn alle ihre Mitgliedstaaten das Abkommen gekündigt haben.

Zu Artikel 21

Nach Absatz 1 ist der VN-Generalsekretär Verwahrer des Protokolls. Seine Urschrift, die in den jeweils verbindlichen Sprachen Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch abgefasst ist, wird ebendort hinterlegt.